

die andere seite ... die einzige Zeitung, die im ganzen Bezirk erscheint ... Auflage 12900

andere **seite**
des Bezirks Andelfingen

www.andereseite.ch

Ausgabe 40
Februar 2007



Das Thema

Demokratie



Die andere seite des Bezirks Andelfingen

erscheint viermal pro Jahr und wird in einer Auflage von 12900 Exemplaren gratis in alle Haushaltungen des Bezirks verteilt. Spenden werden gerne entgegen genommen: PC 84-10879-5

Erscheinungsdaten 2007

(in Klammern Inserateannahmeschluss)
 Nr. 41, KW 21, (15. April 2007), Gemeindefusionen
 Nr. 42, KW 37, (6. Aug. 2007), Älter werden
 Nr. 43, KW 44, (24. Sept. 2007), Kinder

Herausgeber

Bezirksparteien SP, GP, EVP;
 Trägerverein andere Seite des Bezirks Andelfingen

Redaktion

Roly Brunner (*rb*) (Seite der SP)
 Dieter Langhart-Richli (*dl*)
 Ueli Meier (*um*)
 Erna Straub-Weiss (*es*) (Seite der Grünen)
 Martina Straub (*ms*)
 Margrit Wälti (*mw*) (Seite der EVP)
 Alfred Weidmann (*aw*)

An dieser Nummer haben zudem mitgewirkt

Hannes Morger, Winterthur
 Peter S. Weiller, Trüllikon

Redaktionsadresse

die andere seite
 Margrit Wälti
 Schiblerstrasse 4, 8444 Henggart
 Tel. 052 316 13 55
 redaktion@andereseite.ch
 PC 84-10879-5

Inserate

Hans Häfliger, Trüllikon
 Tel. 052 319 2944,
 Fax 052 319 42 28
 inserate@andereseite.ch
 Mediadaten 2006

Gestaltung

Saskia Langhart, Winterthur

Druck

Unionsdruckerei Schaffhausen

Internet

www.andereseite.ch



Fischli
 Papelerie und Lederwaren
 Thunstr. 4 8450 Andelfingen
 Tel. 052 317 10 64 Fax 052 317 10 70

Jetzt Aktion!

Alles fürs Büro:
 Ordner, Register usw.



Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

ICH POSCHTE Z'ANDELFINGE

NESCAFÉ

Dolce Gusto



Die neue Form von Kaffeegeschmack

Fr. 199.--
 statt Fr. 249.--

Wir beraten Sie gerne.



052/317 18 18
8450 Andelfingen

Elektroninstallationen
 Elektro-Hauswirtschaft
 Landstrasse 53
 CH-8450 Andelfingen

Tel. Installation 052 305 22 00
 Tel. Laden 052 305 22 05 Fax 052 305 22 07
 www.meierelektro.ch, info@meierelektro.ch
 FINNRO BANZEN
 H. Spiehlhofer Tel. 052 319 28 28

Inhalt

Das Thema: Demokratie

- 6 Redaktionsgespräch: **Demokratie – die ideale Form?**
- 13 Macht hat Grenzen: **Gewaltenteilung**
- 15 Globalisierung: **Schleichende Entmachtung?**
- 20 Kantonsratswahlen: **Doppelter Pukelsheimer**

Brennpunkt

- 4 LeserInnenbriefe: **KR-KandidatInnen schreiben**

Parteilich

- 24 SP: Markus Späth: **Wirtschaft**
- 26 Grüne: Daniel W. Schmid: **Sicherheit**
- 28 EVP: Susanne Ita-Graf: **Integration und Gleichstellung**

Rubriken

- 21 la columna
- 31 ökoschnipsel
- 32 agenda

Anzeige:

Editorial

Im Wahljahr sind Fragen um unsere Demokratie hochaktuell. Wie weit können wir als Wählende unsere Zukunft tatsächlich beeinflussen? Wir erleben von verschiedenen Seiten Beschränkungen unserer Souveränität. Globalen Trends und vielen europäischen Regelungen können wir kaum ausweichen. Von Seiten neoliberaler Wirtschaftsvertreter werden mit dem Argument des internationalen Standortwettbewerbs Ausnahmen verlangt, die geltende Gesetze praktisch ausser Kraft setzen. So geschah es in Galmiz mit unserer Raumplanung, so geht es mit Steuerprivilegien für Ausländer, so wird es mit der Schwächung des Verbandsbeschwerderechts im Umweltrecht versucht. Mit der Forderung nach Effizienz wird zentralisiert und zum Teil privatisiert und damit der bürgernahen lokalen Politik Mitwirkungskompetenz entzogen. Mit diesen Tendenzen, die bei vielen zu Resignation und Stimmabstinenz führen, haben sich politisch Engagierte auseinanderzusetzen.

Die Politik hat der Wirtschaft den rechtlichen Rahmen vorzugeben und die Forderung nach «Wachstum, koste es was es wolle» und die daraus abgeleiteten Sachzwänge zu hinterfragen. Wie die Freiheit, muss auch die demokratisch legitimierte Macht immer neu erkämpft werden, indem die Diskussion um Werte und Ziele geführt wird. Wir stehen vor sehr grossen Herausforderungen wie dem nachhaltigen Umbau unserer Energieversorgung wegen dem Klimawandel, und der Sicherung unseres Wohlstandes und des sozialen Friedens im Zeitalter der Globalisierung. Für diese Aufgaben brauchen wir einen handlungsfähigen Staat und den politischen Willen, die Probleme gemeinsam zu lösen, anstatt sie nur vor uns herzuschieben.

Die Zukunft ist offen, neue Atomkraftwerke zum Beispiel sind kein Sachzwang, sondern wir können uns heute politisch für einen andern, nachhaltigeren Energiepfad entscheiden.

Die *andere seite* will mit dieser Nummer einen Beitrag zur Diskussion leisten und Werten wie mitmenschliche Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Schutz von Gesundheit, Natur und Umwelt politisches Gewicht geben.

Alfred Weidmann

punkt

Utopie oder Notwendigkeit?

Was zeichnet einen Menschen aus, dem es erlaubt sein soll, abzustimmen und zu wählen? Die Begründung für das aktuelle Stimmrechtsalter 18 lautet «Verantwortung». Doch erwirbt sich ein Mensch diese Verantwortung genau am Tag seines 18. Geburtstages? Wieso nicht früher? Oder später? Einen konkreten Grund für das Stimmrechtsalter 18 existiert nicht; genauso wenig wie für jedes andere. Dennoch muss eine Grenze gezogen werden, denn dass ein Baby nicht in der Lage sein dürfte, einen Stimmzettel auszufüllen, erscheint unumstritten. Die Frage ist deshalb, wo genau diese Grenze anzusetzen ist.

Das Argument, dass sich Jugendliche nicht für Politik interessieren und deshalb ein Stimmrecht gar nicht benötigen würden, stimmt auch nur bedingt. Die tiefen Stimmbeteiligungen zeigen deutlich, dass auch ein Grossteil

der Erwachsenen kein Interesse an Politik hat. Was spricht also dagegen, Jugendlichen von 16 und 17 Jahren ein Stimmrecht zu gewähren? Diejenigen, welche diese Chance nutzen würden, dürften sich nur zu gerne damit bereit erklären, Abstimmungsunterlagen mit genau der gleichen Sorgfalt zu lesen wie Erwachsene.

Diese Überlegungen würden eine Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre durchaus legitimieren. Zweifellos müsste diese aber auch mit mehr Pflichten einhergehen, welchen die Jugendlichen nachkommen müssten. Für all jene, welche mit diesen Pflichten Mühe haben, aber ihre Rechte dennoch nutzen wollen, müsste eine entsprechende Unterstützung durch Familie oder Schule gewährleistet sein.

*Michael Stampfli
Kantonsratskandidat SP*

Demokratie – Frauenstimmrecht

Teilhaben an den demokratischen Abläufen, Mitbestimmen in Gesellschaft und Wirtschaft ist für Frauen noch nicht solange möglich. Erst 1971 wurde das Frauenstimmrecht eingeführt, als 9-jähriges Mädchen habe ich die ersten Schritte der Frauen in der Politik miterlebt und trotzdem, es ist für mich unvorstellbar, dass Frauen sich heute nicht am politischen Leben demokratisch beteiligen dürften!

Bereits während meiner Ausbildung habe ich mich für verschiedene Anliegen politisch engagiert und eingesetzt. Mit Offenheit und Interesse habe ich damals erkundet und gesucht, wo und in welcher Partei meine Anliegen und Schwerpunkte eingebracht und vertreten werden. 1986, mit 24 Jahren liess ich mich in den Vorstand der EVP des Bezirks Andelfingen wählen und führte diese Aufgabe 14 Jahre aus. Zusätzlich



übernahm ich zwischen 1993 und 2000 das Amt einer Bezirksschulpflegerin. Nach einer kurzen Pause ohne politisches Amt stellte ich mich – mangels Kandidatinnen – für die RPK der Gemeinde Unterstammheim zur Verfügung.

In all diesen Ämtern habe ich mich mit bestem Wissen und Gewissen eingebracht. Meine Erfahrungen als Berufs-, Hausfrau und Mutter haben mein politisches Denken und Handeln wesentlich beeinflusst und damit die Behördenarbeit mit Sicherheit erweitert und bereichert. Ein Kantonsratsmandat wäre für mich eine folgerichtige Fortsetzung.

Übrigens – damit Männer und Frauen tatsächlich überall gleiche Chancen erreichen, bleibt politisch noch viel zu tun!

*Susanne Ita-Graf,
Kantonsratskandidatin EVP*

**Sie finden die „andere seite“ eine gute Sache?
Dann ist Ihre Unterstützung mit einer Spende ebenfalls eine gute Sache!**

Dies ist der Einzahlungsschein für ihre Spende.
Aus Kostengründen haben wir ihn nicht beigelegt.
Aber ein Anruf bei unserer Kassierin Therese Jenni, Telefon 052 659 61 15 oder ein Mail an a.jenni@bluewin.ch genügt. Sie wird sich freuen, Ihnen Ihren Einzahlungsschein zusenden zu dürfen.
Sie können natürlich auch einen leeren Schein mit diesen Angaben ausfüllen:

Auf jeden Fall: Herzlichen Dank!

Trägerverein „andere Seite“
des Bezirks Andelfingen
8462 Rheinau
PC 84-10879-5

Auch die Natur hat eine Stimme

Bei uns hat nicht nur das Volk eine Stimme und kann bei Wahlen und Abstimmungen mitbestimmen, sondern auch Umwelt- und Naturschutzverbände können stellvertretend für die Natur Einsprache erheben. Die Verbände haben das Recht zu protestieren, wenn sie daran zweifeln, dass bei neuen Projekten das Umweltschutzgesetz eingehalten wird.

In den vergangenen Jahren ist das Verbandsbeschwerderecht aber immer wieder in den Schlagzeilen aufgetaucht. Gut in Erinnerung geblieben ist der Streit um das neue Zürcher Hardturm-Stadion. Sind die Beschwerden führenden Verbände einfach nur Verhinderer und Blockierer oder wirklich Anwälte der Natur?

Die Zahlen zeigen, dass die Verbände und Umweltorganisationen ihr Beschwerderecht sehr vernünftig und erfolgreich einsetzen. Bisher wurden 63 Prozent der Beschwerden ganz oder teilweise gutgeheissen. In diesen Fällen hat

tatsächlich eine Verletzung des Umweltrechts vorgelegen. Ohne die Einsprache wären die Verstösse gegen das Gesetz hingenommen worden. Mit dem Verbandsbeschwerderecht wird der Vollzug des Umweltrechts grundsätzlich bewahrt, da die Interessen der Projektleiter in der Regel nicht identisch mit den Zielen des Umweltschutzgesetzes sind. Es wäre aus Sicht des Rechtsstaates bedenklich, einerseits Rechtsvorschriften zu beschliessen und andererseits das Instrument zu schwächen, das dazu dient, dass diese Vorschriften auch tatsächlich eingehalten werden. Wenn die Bauherren und Projektleiter sich an das Umweltschutzgesetz halten, müsste es zu keiner Verbandsbeschwerde kommen und die vorgegebenen Termine könnten ohne weiteres eingehalten werden.

*Eveline Kunz
Kantonsratskandidatin SP*

Ob jung oder alt

Eigentlich liegt es an meinem Urgrossonkel Zio Umberto, der in meinem Alter als Partisan gegen Mussolini gekämpft hat und kurz nach Kriegsende ganz jung noch «Syndaco» in einem traumhaften toskanischen Städtchen wurde. «Ob jung oder alt, politische Verantwortung müssen wir alle tragen!» antwortete er, darauf angesprochen. In der Schweiz heutzutage sind gewählte junge Politikerinnen und Politiker mediale Shootingstars, eine überaus rare Gattung sozusagen. Dabei sind 50 Prozent der Schweizer Bevölkerung nicht einmal 40-jährig und davon knapp 22 Prozent unter 19 Jahren. Ist demnach politische Mitbestimmung in Parlament und Behörden bei uns ein Privileg für die Älteren mit grösserer Lebenserfahrung? Aus Erfahrung weiss ich, dass auch wir junge Menschen intelligent und lösungsorientiert denken und entscheiden können. Wir wollen politische Entscheide mitgestalten

und mitentscheiden. Wir wollen politische Verantwortung tragen, denn es geht um unsere Zukunft: Die Erhaltung und Bewahrung unserer Lebensgrundlagen durch eine intakte Natur dank ökologisch sinnvoller Massnahmen, die Förderung der Berufs- und Schulausbildung für Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit, ein generationenübergreifendes vertrauensvolles Verhältnis. Wir sind für diese Aufgaben bereit – ich stelle mich der Verantwortung mit meiner Kandidatur.

*Luca Fasnacht,
Kantonsratskandidat Grüne
Liste 4*

Stimmrecht für Ausländer?

Ist es nicht ein völlig falscher Zeitpunkt, um über ein Stimmrecht für Ausländer zu diskutieren, da doch jüngst das Ausländerrecht verschärft worden ist? Ich meine, es ist gerade jetzt Zeit, uns nicht in einer blossen Abwehrhaltung mit dem Thema zu befassen. Ehrlicherweise wissen wir ja, dass wir das Stimm- und Wahlrecht oft nicht als reine Berechtigung, sondern auch als Last wahrnehmen. Wenn uns wieder ein Stimmrechtcouvert zugesandt wird und wir bei gewissen Vorlagen aus Überforderung nur leer schlucken, wird uns bewusst, dass hinter dem Recht auch eine Pflicht liegt, sich zu informieren, sich eine Meinung zu bilden, sich zu beteiligen.

Klar ist, dass die Schweiz von Ausländern, die hier wohnen, etwas erwartet: das Einhalten der Gesetze, Schritte in Richtung ei-

ner Integration, das Vertrautwerden mit unserer Sprache und Kultur – die wohlbekannten Anpassungsleistungen. Ist es nicht erstrebenswert, dass Ausländer auch in unserer politischen Kultur Fuss fassen? Einzelne Kantone wie Appenzell haben gute Erfahrungen damit gemacht, Ausländerinnen und Ausländern unter gewissen Voraussetzungen (zum Beispiel zehnjähriger Wohnsitz in der Schweiz) das Stimmrecht zu erteilen. Politische Umwälzungen sind dabei ausgeblieben. Oft haben Ausländer ein sehr scharfes Bewusstsein für das Privileg, in einem Land mit hohem Wohlstandsniveau zu leben. Entsprechend verhalten sie sich – um eine Verallgemeinerung zu wagen – politisch eher konservativ.

Der grünen Politik ist es – nicht nur im Umweltbereich – ein Anliegen, dass Geben und Nehmen

in ein vernünftiges Lot kommen. Da wäre es doch nichts als Recht, wenn Ausländer mit langer Aufenthaltsdauer auch politische Rechte zugestanden erhielten. Rechte, die durchaus auch eine Last darstellen können und dem Einzelnen nie einen direkten Gewinn bringen.

*Urs Späti,
Kantonsratskandidat Grüne
Liste 4*



**Herzliche Einladung
zur Generalversammlung
des Trägervereins *andere seite*
des Bezirks Andelfingen**

Mittwoch, 9. Mai 2007

19 Uhr Besichtigung des Langeneggerhauses in Ossingen

Das Langeneggerhaus bietet nebst einem Wohnheim auch Beschäftigung für Behinderte an. Dieser Abend bietet die Gelegenheit, diese Arbeit näher kennenzulernen.

20 Uhr Generalversammlung

SCHWERpunkt



Anita Hofer, Verena Siegwart, Markus Späth, Cornelia von Ballmoos, Margrit Wälti.

Das Redaktionsgespräch

Demokratie – die ideale Form?

GESPRÄCHSTEILNEHMER/INNEN

Cornelia von Ballmoos (59), Berg am Irchel, Kindergärtnerin und Hausfrau, Gemeindepräsidentin in Berg am Irchel

Anita Hofer (16), Winterthur
Schülerin der Kantonsschule Im Lee, Winterthur

Markus Späth-Walter (53), Feuerthalen, Historiker, lic. phil.
Kantonsschullehrer für Geschichte, Politik, Wirtschaft und Recht
10 Jahre Mitglied der Eidg. Jugendkommission, Mitinitiator der Jugendsessionen in Bern

Verena Siegwart (49), Schaffhausen, Techn. Zeichnerin, Bäuerin,
Kaufm. Angestellte, Gemeindegemeinderin in Volken

Demokratie ist eine Form des Zusammenlebens, die bei uns von den meisten Menschen tagtäglich geübt wird. Bei den GesprächsteilnehmerInnen ist Demokratie im Grundsatz nicht bestritten, aber näher betrachtet, ist diese Form recht anspruchsvoll für die stimmberechtigte Bevölkerung.

GESPRÄCHSLEITUNG UND TEXT:
MARGRIT WÄLTI
FOTOS: ERNST WÄLTI

Ist Demokratie die bestmögliche Form oder das Ideal für die Gestaltung der menschlichen Gemeinschaft und für den Staat im Besonderen?

Verena Siegwart: Ich bin beim Begriff «Demokratie» als Erstes auf

das Churchill-Zitat gestossen «Demokratie ist die schlechteste Staatsform, ausgenommen alle andern.» Die Grenzen des eigenen Wissens in Bezug auf unsere Abstimmungen machen mir manchmal Bauchweh. Wie kann ich als Person zu etwas Stellung nehmen, von dem ich eigentlich zu wenig weiss? Ich muss mich in meiner Entscheidungsfindung auf andere Leute abstützen. Die Fragen, über die wir abstimmen, werden immer komplexer.

Cornelia von Ballmoos: Ich finde, es gibt für uns keine bessere Staatsform. Die direkte Demokratie regelt das Zusammenleben der Menschen. Wir sind ein kleines Land. Wir haben verschiedene Kulturen, verschiedene Sprachen,

verschiedene Religionen. Alle haben ein Mitspracherecht und können sich einbringen.

Markus Späth: Von Rousseau ist ein ähnliches berühmtes Zitat überliefert wie von Churchill. Er sagte, dass die Demokratie die ideale Staatsform sei, aber vor allem in überschaubaren und kleinen Gemeinschaften. Doch die Schweiz beweist nun schon seit 150 Jahren, dass Demokratie auch in einer grösseren Gemeinschaft funktioniert. Das ist allerdings nur möglich, weil wir gleichzeitig einen ausgebauten Minderheitenschutz haben. Demokratie ohne Minderheitenschutz ist keine gute Staatsform. Eine gute Demokratie basiert nebst dem Minderheitenschutz auch auf den Menschenrechten. Auch die Mehrheit kann die Menschenrechte nicht ausser Kraft setzen und die Minderheiten unterdrücken. Das ist für mich eine wichtige Leitplanke.

Von Ballmoos: Aber die unterlegene Minderheit hat die Möglichkeit, entweder mit einem Referendum oder mit einer Initiative ihre Anliegen wieder vorzubringen.

Späth: Vorbringen ist das Eine, aber sich durchsetzen das Andere. Wenn immer die Gleichen unterliegen, kann es passieren, dass sie den Glauben an den Sinn der Demokratie verlieren.

Von Ballmoos: Wenn die Minderheit immer in der Minderheit bleibt, muss sie sich fragen, warum es so ist.

Späth: Es ist gut möglich, dass sie nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, um sich genügend bemerkbar zu machen, z.B. mit Inseraten und in der Öffentlichkeit. Wir wissen, dass es heute enorme Mittel braucht, um seine Anliegen öffentlich bekannt zu machen. Wer eine Initiative starten will, braucht etwa 1 Million Franken. Kann sich eine Minderheit das leisten?

Anita Hofer: Ich sehe die Demokratie nicht als Ideal an. Es wäre im Prinzip eine gute Staatsform. Aber für mich stimmt etwas nicht,

wenn alle Leute mitbestimmen können. Bei vielen Themen würde ich einer Form den Vorzug geben, wo ein paar Leute, die wissen um was es geht, das Sagen hätten. Durch unsere Demokratieform bilden sich viele verschiedene Gruppierungen und da besteht die Gefahr, dass es gar nicht mehr um das Wohl des Landes geht, sondern um persönliche Konkurrenzkämpfe.

Späth: Ich höre dieses Argument von meinen Schülern und Schülerinnen viel. Du bist da in ganz guter Gesellschaft. Aber meine Antwort ist immer dieselbe. Eine Demokratie ist nicht zu haben ohne verschiedene Parteien. Sie müssen miteinander über die Themen streiten. Eine Demokratie, in der nicht gestritten wird, kann nicht funktionieren.

Hofer: Ich meine nicht, dass es keine Parteien geben soll. Eine Partei sollte aber wissen, dass sie die Verantwortung hat, das Volk gut zu informieren und nicht nur Grabenkämpfe zu führen.

Späth: Wer gehört zum Volk? Milliarden, Ausländer aus dem Balkan, Ausländer aus Italien, die schon 50 Jahre hier sind, Angestellte, Arbeitslose, usw. gehören dazu. Sie alle haben unterschiedliche Interessen. Es gibt keine Partei, die alle vertreten kann. Weil das Volk aus verschiedenen Interessengruppen besteht, braucht es auch verschiedene Parteien. Dass heute Politik stark personalisiert ist und häufig nur noch über Personen und weniger über Inhalte diskutiert wird, stösst aber auch mir manchmal sauer auf.

Siegwart: Unsere demokratischen Strukturen sind schwerfällig. Wenn ein Problem ansteht, sollte entschieden werden. Referenden stoppen einen Prozess oder verschieben mindestens einen Entscheid auf lange Sicht. Das stört mich sehr. Zur Demokratie gehört eine Riesenportion Demut, das heisst, einen demokratischen Ent-

scheid anzunehmen, auch wenn es einem nicht passt.

Wie erlebt ihr Demokratie im Alltag? In der Familie, im Verein, an der Arbeitsstelle usw.?

Hofer: Ich bin in einer Klasse mit 22 Mädchen. Da wollen alle gerecht sein, man will niemandem wehtun. Wir stimmen z.B. darüber ab, wann eine Prüfung stattfind-

«Demokratie wird häufig missverstanden als eine Staatsform, in der man nur Rechte hat. Demokratie kennt aber auch viele Pflichten.»

Markus Späth

den soll und da gibt es mehrere Abstimmungen, damit es schlussendlich allen passt. Das ist fast unmöglich. Nach meiner Meinung wird die Demokratie damit überstrapaziert.

Späth: Das was du hier schilderst, könnte man als Basisdemokratie bezeichnen. Vergleichbares gibt es auch für die LehrerInnen im Kanton Zürich. Sie haben verbrieft Mitspracherechte in den Konventen, Kapiteln und in der kantonalen Schulsynode. Aber gleichzeitig werden wirklich entscheidende Fragen im Zürcher Bildungswesen durch den Kantonsrat oder die Bildungsdirektion entschieden. Die Entscheidungen dieser Gremien können zum Beispiel finanzieller Art sein und wir haben sie zu akzeptieren, auch wenn es wehtut und uns das Leben an der Front schwer machen. Wenn wir daran etwas ändern wollen, bleibt nur der Weg über Wahlen und Abstimmungen.

Von Ballmoos: In der Familie erlebe ich praktische Demokratie. Aber es gibt Grenzen. Wenn ein Kind mir sagt, es wolle nicht mehr zur Schule, so akzeptiere ich das nicht. Demokratie beinhaltet auch, dass man Regeln akzeptiert. Unsere Kinder suchen Leitplanken.

Siegwart: Auch an einer Sitzung braucht es strukturiertes Vorgehen. Sonst kann es passieren, dass man über ein kleines Detail stundenlang diskutiert. Ich bevorzuge sogar manchmal fertige Vorgaben, wenn ich spüre, dass sich jemand die Sache gründlich überlegt hat. Das Ziel ist dann eher zu erreichen.

Von Ballmoos: Demokratie in der Familie lässt sich verschieden durchziehen. Es hängt von den ethischen und kulturellen Hintergründen ab. Ich kann ein schönes Beispiel erzählen, das wir als Eltern vor Jahren erlebt haben. Unser jüngster Sohn musste täglich mit zwei andern Kameraden den gleichen, ziemlich langen Schulweg hinter sich bringen. Es gab immer wieder mehr oder weniger Konflikte untereinander und wir Eltern sassen oftmals mit den drei Kindern zusammen und suchten nach einer Lösung für die Probleme. Es gelang uns jedes Mal, eine Lösung zu finden mit der alle einverstanden waren. Wir sprechen noch heute davon und sind stolz, dass wir in demokratischer Art und Weise die entstandenen Konflikte lösen konnten. Es war nicht immer einfach.

Späth: Demokratie wird häufig missverstanden als eine Staatsform, in der man nur Rechte hat. Demokratie kennt aber auch viele Pflichten. Dass in Schaffhauser eine Stimmpflicht besteht, ist mir deshalb grundsätzlich sehr sympathisch. Es gibt zudem auch Lebensbereiche – etwa in der Familie oder in der Schule – wo diejenigen bestimmen, welche die Verantwortung tragen. Eltern und Lehrer dürfen, ja müssen Leitplanken setzen. Zwischen den Leitplanken aber bleibt ein Freiraum, in dem alle mitbestimmen können.

Von Ballmoos: Die demokratischen Spielregeln müssen eingeübt werden.

Siegwart: In meinem beruflichen Leben, in der Privatwirtschaft wie in der öffentlichen Verwaltung, merke ich nicht sehr viel von demokratischem Verhalten. Einerseits bin ich dadurch oft frustriert,



Cornelia von Ballmoos.

andererseits glaube ich, dass unsere Wirtschaft nicht schlecht läuft, obwohl sie mit ihren Angestellten nicht sehr demokratisch umgeht. Und es gibt Momente, wo ein machtvolles Wort am Platz ist.

Späth: Es soll aber nicht willkürlich sein. Tatsächlich geht es in der Wirtschaft am allerwenigsten demokratisch zu und her. In Deutschland haben die Arbeitnehmenden mehr Mitspracherecht als bei uns. Gute Arbeitgeber hören aber auf ihre Angestellten.

Ist denn demokratisches Handeln immer gerecht?

Sieewart: Ein Beispiel: Angenommen, von sechs Personen wollen vier rauchen und zwei nicht, da würde ein demokratischer Entscheid zugunsten des Rauchens ausfallen. Aber geben wir zu, das wäre nicht die ideale Lösung. Sobald massiv in die Persönlichkeitsrechte eingegriffen wird, muss man sich überlegen, wie vorgegangen werden soll. Ein anderes Beispiel: Wenn die Schweizer Bevölkerung über die Einrichtung eines Endlagers für Atomabfall im Weinland abstimmen würde, aber die nächst Betroffenen nicht spe-

ziell angehört würden, wäre das nicht sehr demokratisch.

Hofer: ...demokratisch schon, aber nicht gerecht. Demokratie wäre dann gerecht, wenn die Minderheit und die Mehrheit solidarisch wären. Die Minderheit müsste sich mit ihrer Situation abfinden können. Das wird aber selten so sein.

Von Ballmoos: Es ist nie für alle gerecht, aber es ist die gerechteste aller Formen. Wenn man zu den Verlierern zählt, empfindet man es nicht gerecht. Aber direkte Demokratie heisst, den Willen der Mehrheit zu respektieren.

Späth: Die indirekte Demokratie wie sie in unsern Nachbarländern besteht, heisst, dass alle vier Jahre einmal abgestimmt werden kann. Eine Partei, die nicht in die Regierung gewählt wird, muss vier Jahre warten, bis sie wieder versuchen kann, zu den Gewinnern zu gehören. Bei der direkten Demokratie kann ein Thema nach einer gewissen Zeit wieder aufgegriffen werden. So kamen wir nach vielen

Anläufen doch noch zum Frauenstimmrecht und zu der Mutterschaftsversicherung.

Von Ballmoos: Das bedingt aber, dass wir mitmachen und mitdenken.

Späth: Und wir dürfen die Demokratie nicht schlecht machen. Heute besteht eine Tendenz dazu. Mit dem Schimpfen über die «Classe politique» bestärkt man die Stammtischgespräche, die sowieso immer über «die z'Bärn obe» schimpfen. So werden die engagierten Politiker und Politikerinnen demotiviert und man untergräbt die Demokratie. Ich bin sehr unglücklich über diese populistischen Stimmen. Schliesslich geht es unserm Land gar nicht so schlecht mit dieser Art Demokratie.

Sieewart: Aber wir dürfen auch nicht unkritisch sein!

Könnte man die direkte Demokratie in jedem Land einführen? Oder hängt sie von der Kultur ab?

Späth: Die direkte Demokratie ist nur möglich in einem überschaubaren Land mit einer vielfältigen, pluralistischen Medienwelt und einem gewissen Bildungsstand der Bevölkerung. Die indirekte De-

«Demokratische Entscheide sind nie für alle gerecht, aber Demokratie ist die gerechteste aller Formen.»

Cornelia von Ballmoos

mokratie ist nicht an eine Kultur gebunden. Denken wir an Indien oder den Iran, wo gerade Wahlen stattfanden. Angepasste Formen der Demokratie sind fast in jeder Kultur möglich.

Ich möchte noch einmal auf die Familie zurückkommen. Wir nehmen unsere Kinder ernst und sie haben ein gewisses Mitbestimmungsrecht. Andere Kulturen sind patriarchalisch. Ich denke an junge Frauen, die zur Heirat ge-

zwungen werden. Diese Lebensform ist eine schlechte Voraussetzung für die Demokratie in einem Land.

Gehört Solidarität zur Demokratie? Wir haben am Anfang vom Minderheitenschutz gesprochen. Was ist damit gemeint?

Von Ballmoos: Solidarität gehört zur Demokratie.

Späth: Minderheitenschutz bringe ich mit den Menschenrechten in Verbindung. Menschenrechte wie das «Recht auf Leben» oder andere Grundrechte dürfen auch von einer Mehrheitsentscheidung nicht in Frage gestellt werden. Frauen-Quoten gehören zum Beispiel auch zum Minderheitenschutz. Lange Zeit waren Frauen benachteiligt. Für eine Übergangsphase ist es darum vertretbar, eine Minderheit zu bevorzugen.

Sieewart: In unserer Verfassung haben wir Vorgaben für den Minderheitenschutz, indem wir einen Nationalrat und einen Ständerat wählen oder dass bei Verfassungsänderungen das Ständemehr zählt.

Späth: Ohne Solidarität ist die Demokratie nicht denkbar. Praktisch alle Gruppen müssen solidarisch zu den gefällten Entscheidungen stehen. Die AHV, der Finanzausgleich und die Steuern sind u.a. solidarische Einrichtungen. Momentan wird diese Solidarität mit dem Steuerwettbewerb in verschiedenen Kantonen strapaziert.

Von Ballmoos: Es heisst füreinander einstehen, Mitverantwortung tragen fürs Gemeinwesen.

Sieewart: Es geht nicht nur um die Solidarität in unserm Land, sondern auch um die Solidarität mit der Weltbevölkerung.

Ist die Demokratie eine Gewähr für Frieden?

Hofer: Wenn alle solidarisch wären, hätten wir vielleicht Frieden.

Von Ballmoos: Demokratie ist keine Gewähr für Frieden.

Siegiwart: Ich habe gelesen, dass demokratische Staaten äusserst selten Angriffskriege gegen andere Demokratien führen.

Späth: Historisch gesehen, kann ich dieser Aussage gar nicht beipflichten. Mit dem Wachsen der Demokratien im 19. Jahrhundert ist häufig auch die Aggressivität der Nationalstaaten gewachsen. Solange das Volk keine Rolle spielte, hat die Spitze machen können, was sie wollte. Mit der französischen Revolution hat sich das Volk mehr und mehr eingemischt. Dann gewann der Nationalismus mehr Einfluss und demokratische Staaten haben häufig Krieg geführt.

Von Ballmoos: Ich denke an die Jura, die auch Gewalt angewendet haben, bis sie ihren eigenen Kanton gründen konnten. Darum ist Demokratie keine Gewähr für Frieden...

Siegiwart: ...Gewähr nicht, aber ein relativ guter Schutz. Ein von uns Gewählter müsste uns bei einem Krieg als Kanonenfutter einsetzen. Das ist ein gewisser Schutz, denn so etwas überlegt sich dieser dann doch zweimal.

Welches ist die Aufgabe der Parteien in unserer Demokratie? Könnten wir es ohne Parteien machen?

Siegiwart: Parteien sind für die Meinungsbildung wichtig. Gerade durch unsere Konkordanzpolitik ist es notwendig, dass die Parteien informieren und verschiedene Meinungen vertreten. Ich bin froh, wenn ich weiss, welche Partei welche Meinung vertritt.

Von Ballmoos: Parteien müssen sogar polarisieren und ihren Standpunkt vertreten und nach Lösungen suchen. Je mehr Parteien, desto grösser der Wettbewerb. Es ist

ihre Aufgabe, der Bevölkerung vor einer Wahl oder einer Abstimmung ihre Lösungsvorschläge zu erklären. Die kleinen Parteien lösen manchmal eine Sensibilisierung für gewisse Themen aus. Zum Beispiel spielt heute die Na-

«Durch unsere Demokratieform bilden sich viele verschiedene Gruppierungen und da besteht die Gefahr, dass es gar nicht mehr um das Wohl des Landes geht, sondern um persönliche Konkurrenzkämpfe.»

Anita Hofer

tur in allen Parteien eine Rolle, ausgelöst durch die Grünen.

Hofer: Kleine Parteien spielen eine grosse Rolle. Nur schon, weil viele in der Bevölkerung sich auf die Informationen der Parteien abstützen müssen. Je mehr verschiedene Parteien, desto mehr Leute werden erreicht. Was mir nicht gefällt, ist das Parteien-Gezänke.

Von Ballmoos: Ich denke, die Bevölkerung möchte das Gezänke nicht.

Hofer: Ich bin nicht einmal sicher, manchmal ist es sehr amüsant. Die Gefahr wird einfach immer grösser, dass es wegen einzelnen Parteienproblemchen so ein «Hickhack» gibt.

Späth: Gesamthaft werden die Parteien zu schlecht dargestellt. Für mich ist eine Demokratie ohne Parteien wie ein Fass ohne Wein. Die Parteien sind der Wein. Wer rekrutiert das Personal, die Behördenmitglieder? Die Parteien suchen mit grossem Aufwand Leute für die Behördenämter. Auf Gemeindeebene ist es noch möglich, Personal zu rekrutieren ohne Parteien. Aber nur schon in einer Stadt oder grösseren Ortschaft braucht es Parteien, sonst würde wenig laufen in diesem Staat.

Hofer: Ich finde das schade. Wir Jungen sind oft demotiviert und das politische Interesse nimmt ab. Das einzige was wir von der Politik mitbekommen, ist, dass gestritten wird über etwas, das meiner Meinung nach völlig sinnlos ist und zudem dauert es viel zu lange, bis eine Entscheidung gefällt wird. Eine Zeitung schreibt auf der Titelseite nicht über die Inhalte, sondern über den «Zoff» in der Partei oder zwischen zwei Parteipersonlichkeiten. Da ist es logisch, dass die Jungen nicht interessiert sind an der Politik

Von Ballmoos: Obwohl ich parteilos bin, habe ich absolut nichts gegen Parteien. In unserem Bezirk

Späth: Du sprichst einen wichtigen Punkt an. Innerhalb der Parteien gibt es verschiedene Spezialisten. Nicht alle können sich mit jedem Thema befassen.

Wie interessiert sind Schüler und Schülerinnen in den Kantonsschulen an den demokratischen Einrichtungen in unserem Land?

Hofer: Es gibt bei uns etwa drei Gruppen. Die erste Gruppe interessiert sich nicht. Die zweite Gruppe ist mit den Themen konfrontiert, aber würde sich nicht engagieren. Die Jugend ist im Allgemeinen in einer «No Future-Stimmung». Viele denken, wir seien sowieso im letzten Abschnitt.



Anita Hofer.

sind sehr viele Gemeinderäte nicht parteipolitisch engagiert. Das müsste eigentlich den Parteien zu denken geben.

Siegiwart: Ich glaube, die Komplexität der heutigen Probleme verlangt nach Persönlichkeiten, die sich eingehend mit den Themen beschäftigen. Ich bin sehr froh darüber, dass das jemand für mich macht.

Ein paar Linke mit gefärbten Haaren sind eine weitere Gruppe. Es sind nur ganz wenige, die sich engagieren. Es herrscht eher das distanzierte, belächelnde Zuschauen.

Späth: Man muss bedenken, dass in der Altersstufe zwischen 13 und 18 Jahren sehr viel im Fluss ist. Aber ich erlebe meine SchülerInnen anders als Anita jetzt geschildert hat. Den 17-Jährigen gebe



Markus Späth.

ich Staatskunde, vorher erhalten sie eine Einführung ins Recht und in die Wirtschaft. Die Schüler und Schülerinnen fragen mir ein Loch in den Bauch, weil sie so interessiert sind. Sobald sie ins Stimmalter kommen, beschäftigen wir uns mit den Abstimmungsvorlagen. Das ergibt hoch spannende Diskussionen. Parteipolitisch sind sie nicht sehr interessiert, aber ein solides Grundinteresse an politisch-wirtschaftlich-rechtlichen Fragen ist da.

Hofer: Ich glaube, du hast mich falsch verstanden. Es ist nicht Desinteresse, sondern Demotivierung, was ich feststelle. Wir lesen die Zeitungen. Aber ich kenne zum Beispiel sehr wenige Junge, die stimmen gehen.

Wäre es denn sinnvoll, Jugendlichen ab 16 Jahren das Stimmrecht zu geben, wenn sie so demotiviert sind?

Hofer: Ich weiss es nicht.

Späth: Unbedingt, für diejenigen, die das Angebot wahrnehmen wollen. Wir haben eine Gesellschaft mit bald 40 Prozent über 65-Jährige. Diese gehen stimmen

und stellen die Weichen für unsere Zukunft. Es wäre ein kleines Korrektiv, wenn die ganz Jungen auch stimmen könnten.

Hofer: Ich glaube aber nicht, dass sich vieles ändern würde.

Von Ballmoos: Mit 16 Jahren sind aber die Jungen noch sehr beeinflussbar. Sie sind mit sich selber stark beschäftigt und damit, ihren beruflichen Weg zu suchen und mit der Ablösung von zu Hause usw. Können sie die Tragweite einer politischen Abstimmung einschätzen?

Späth: Wenn man dieses Argument zu Ende denkt, müsste man das Stimmrechtsalter ungefähr auf 32 Jahre setzen. Denn bis dann ist man sehr beschäftigt mit Berufsausbildung, Karriere und Familiengründung. Es stimmt, die Erfahrung zeigt, dass öfters erst an dem Punkt, wo jemand sesshaft wird, das politische Interesse erwacht.

Hofer: Beeinflussbar sind die älteren Leute sicher ebenso wie die Jungen. Alle Leute, die sich nicht selbstständig engagieren, sind leicht beeinflussbar.

Anzeige:

**Frauen Nottelefon Winterthur
Beratungsstelle für
gewaltbetroffene Frauen**

Technikumstrasse 38
Postfach 1800, 8401 Winterthur
Tel. 052 / 213 61 61
www.frauennottelefon.ch
frauennottelefon@swissonline.ch

Fachfrauen beraten gewaltbetroffene Frauen
persönlich oder am Telefon.
auf Wunsch auch anonym

Dabei spielt es keine Rolle, wie lange die Gewalt-
tätigkeit andauert. Die Beratungen sind kostenlos.
Wir haben Schweigepflicht und beraten
psychologisch, sozial und juristisch

Kantonale anerkannte
Opferhilfe-Beratungsstelle

Ausserdem: Begleitung im Falle eines Straf-
verfahrens, Vermittlung von Fachpersonen
wie Ärztinnen, Anwältinnen,
Psychotherapeutinnen usw.

Unsere Öffnungszeiten
Mo, Di, Do, Fr 11-16 Uhr; Mi 13-18 Uhr

Galloway Gourmet-Beef

Aus extensiver Weidehaltung
Fertige Portionen
in 5kg oder 10kg Muschelpaket



Husemer Weine
direkt vom Husemerhof.ch

Familie Keller
Hausen bei 8475 Ossingen
Tel 052 317 39 32
Natal 079 500 39 32
husemerhof@bluewin.ch
www.husemerhof.ch

Sieewart: Die Urne wird sogar ins Altersheim gebracht, damit alle abstimmen können.

Späth: Das könnte man doch an den Berufs- und Mittelschulen auch so machen!

Von Ballmoos: Was könnten wir ändern, dass die Jungen nicht so demotiviert sind?

Hofer: Ich habe keine Ahnung. So wie ich es einschätze, ist die Stimmung allgemein so, nicht nur was die Politik betrifft. Bei der Musik kann man gut feststellen, wie sich das in den letzten Jahren änderte. Die Musik wird immer dunkler, es werden nackte Frauen und die Gewalt besungen und Leute erschossen. In meinem Alter haben wenige noch Ideale. Wir denken oft nicht mehr an die nächste Generation. Viele Lieder sind politisch, aber destruktiv. Die ältere Generation hat Mühe, dies zu verstehen. Es ist wie eine andere Welt.

Sieewart: In den 70er-Jahren war die Pop-Musik politisch und hat die Jungen motiviert, sich politisch zu engagieren.

Ganz ein anderes Thema sind die Gemeindeversammlungen. Da sind vielleicht 10 Prozent der Bevölkerung anwesend. Gibt das demokratische Entscheidungen?

«Die Grenzen des eigenen Wissens in Bezug auf unsere Abstimmungen machen mir manchmal Bauchweh.»

Verena Sieewart

Von Ballmoos: Jeder Stimmberechtigte hat das Recht, an der Versammlung teilzunehmen, Fragen zu stellen und bei den Entscheidungen mitzustimmen. Das ist die demokratische Form, ja die Urform der direkten Demokratie und ich finde sie sehr wichtig.

Sieewart: Bei uns waren letztthin von 200 Stimmberechtigten 26 anwesend, also etwas mehr als 10 Prozent. Doch muss man bedenken, dass davon 24 Behördenmitglieder sind. Als über Tempo 30 abgestimmt wurde, waren etwa 60 Personen anwesend und als man über einen Millionenbetrag



Verena Sieewart.

Anzeige:



DAS FOTO

HOCHZEITEN
REPORTAGEN
PORTRAITS
PASSFOTOS
SCHULUNG
FOTOFESTEN

Theres Götschl

8452 Adlikon
Tel./Fax 052 317 39 94
Nafel 079 416 89 25
e-mail: office@dasfoto.ch

www.dasfoto.ch

Hoch
Geschenke
Zeit



Feiern Sie Hochzeit und planen Sie sich über die richtigen Geschenke

Wir laden Sie gerne

Bestrauer Brautjungfer Hochzeit

butti

Postfach 12630 Wetzlar/Hei 052 317 14 84

abstimmte, erschienen nur wenige Leute.

Späth: Gemeindeversammlungen gehören zur Urdemokratie. Wenn jemand von einem Geschäft direkt betroffen ist, so kann er sich einbringen.

Sieewart: Ich sage dem Gemeinderat hie und da, wenn die Leute nicht kämen, sei es auch ein Vertrauensbeweis. Sie haben Vertrauen in den Gemeinderat, dass

dieser die Sache schon richtig anpacken wird.

Von Ballmoos: Als Gemeindepräsidentin freue ich mich, wenn sich die Einwohner und Einwohnerinnen interessieren. Im Gegensatz zu einer Urnenabstimmung besteht die Möglichkeit, Auskünfte über Abstimmungsgeschäfte zu erhalten.

Haben Sie unsere Demokratie schon einmal echt geschätzt?

Sieewart: Jeden Tag schätze ich das, ich könnte es mir nicht anders vorstellen.

Von Ballmoos: In meiner politischen Arbeit.

Späth: Natürlich: Immer wenn ich zu den Siegern gehöre!

Anzeige:

Massage SANFIT Rheinau

SOT-Wirbelsäulenbehandlung
die sanfte Alternative
zur Chiropraktik,
bestens geeignet zur Prophylaxe



Andrea Baumbach
Med. Massieurin FA SSK
im Hallenbad 18400 Rheinau
Tel. 052 315 81 84
E-mail:
sanfit.baumbach@bluewin.ch

Weiteres Massageangebot:
Klassische Massage
Fussreflexzonentherapie
Fundamentalmassage
manuelle Lymphdrainage
Therapie nach Dr. Marnett
Schlagmassage

www.andereseite.ch wann und wo?

Wir „fairkaufen“ ...

Lebensmittel, Kunsthandwerk, Schmuck, Papelerie- und Haushaltsartikel, Keramik- und Glaswaren, Kosmetikprodukte, Holzverarbeitungsartikel, Kochbücher, Musikinstrumente, ...

Öffnungszeiten

Dienstag	8-13, 14-18.30 Uhr
Mittwoch	8-13, 14-18.30 Uhr
Donnerstag	9-13, 14-18.30 Uhr
Freitag	8-13, 14-18.30 Uhr
Samstag	9-16 Uhr durchgehend

claro Weltladen, Steinberggasse 18
8400 Winterthur, Tel. 052 212 64 01
www.solinos.ch



Weltladen für Mensch und Umwelt.



FREI Weinlandstrauden AG

Bretterstrasse 5, 8404 Wildensbuch Tel. 052 310 12 30
E-Mail: info@frei-weinlandstrauden.ch
<http://www.frei-weinlandstrauden.ch>
Mo - Fr: 8.00 - 12.00 / 13.30 - 18.00 Uhr; Sa: 8.00 - 16.00 Uhr



Der Frühling kommt bestimmt!

Wir haben schon jetzt die ersten selbst kultivierten Erdbeeren und Frühjahrsbohnen für Sie!

31. März: Münzsymposium in unserer Gärtnerei (Details siehe Homepage)
1. Mai: traditionelles Maifest mit dem «Wyändler Provisorium»

KLEIN- BIS GROSSMULDENSERVICE



TRELAG
www.trelag.ch

HUMMELION
052 317 37 38

Staatliche Macht hat Grenzen

Demokratie & Gewaltenteilung

Ein wesentliches Element der Demokratie ist das Prinzip der Gewaltenteilung. Dieses Prinzip besagt, dass die drei Staatsfunktionen Rechtsetzung (Legislative), Rechtsvollzug (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative) durch drei verschiedene, voneinander unabhängige Organe ausgeübt werden. Durch die Unabhängigkeit dieser verschiedenen Institutionen soll verhindert werden, dass sich eine von ihnen zu einem Machtzentrum entwickelt.

VON PETER S. WEILLER, TRÜLLIKON

Es widerspricht demzufolge dem Prinzip der Gewaltenteilung, wenn sich etwa der Bundesrat gegen die Rechtsprechung des Bundesgerichts äussert, oder wenn aus dem Parlament die Drohung geäussert wird, dass gewisse Richter nur aus dem Grund nicht mehr gewählt werden sollen, weil sie anders urteilen, als dies gewisse Parteiprogramme haben möchten. Der richtige Weg wäre in einem solchen Fall, die Gesetze entsprechend anzupassen. Das ist die Möglichkeit der Legislative, auf die Rechtsprechung Einfluss zu nehmen. Oft hat ja auch die Exekutive diese Möglichkeit, indem sie für das Parlament eine Gesetzesvorlage ausarbeiten kann.

Im Kanton Zürich ist dieses Prinzip in der Kantonsverfassung festgehalten, und zwar ganz am Anfang bei den Grundlagen. In Art. 3 steht:

«Der Aufbau des Staates und die Ausübung staatlicher Macht beruhen auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung. Niemand darf staatliche Macht unkontrolliert oder gar unbegrenzt ausüben.»

Diese Dreiteilung der Staatsgewalt gilt natürlich nicht nur auf Bundes- und Kantonsebene, sondern auch auf Gemeindeebene. Hier stehen sich insbesondere die Legislative und die Exekutive gegenüber.

In grösseren Gemeinden und Städten wird die gesetzgebende Funktion (Legislative) durch das Gemeindeparlament wahrgenommen. Bei uns im Weinland gibt es keine Parlamentsgemeinden. Deshalb wird hier diese Funktion von den Stimmberechtigten direkt wahrgenommen. Und zwar entweder an Gemeindeversammlungen und Urnenabstimmungen oder durch Initiativen, Referenden und Anfragen. Auch das ist in unserer Kantonsverfassung klar geregelt (Artikel 86).

Am Beispiel einer Revision der Gemeindeordnung möchte ich aufzeigen, wo die Grenzen dieser verschiedenen Funktionen sind:



Bundesgericht in Lausanne.

FOTO: ZVG

Die Gemeindeordnung als «Verfassung» jeder Gemeinde muss neu zwingend in einer Urnenabstimmung angenommen werden. Damit eine solche Abstimmung allerdings nicht zu einer Farce wird, sollte eine Vorberatung darüber an einer Gemeindeversammlung möglich sein. Erst dann können nämlich die Stimmberechtigten über einzelne Artikel beraten. Andernfalls ist es nur möglich, die Vorlage als Ganzes anzunehmen oder abzulehnen. Dazu ist es allerdings notwendig, dass die Gemeindeordnung eine solche Vorberatung vorsieht. Falls dies nicht der Fall ist, kann mit ei-

ner Einzelinitiative die Aufnahme einer solchen Bestimmung verlangt werden.

Neu gelten die demokratischen Rechte zur Verbesserung der Gewaltenteilung auch in Zweckverbänden (welche bis anhin meist nicht sehr demokratisch organisiert waren). Innerhalb einer Übergangsfrist von vier Jahren, also bis Ende 2009, müssen die über 200 Zweckverbände im Kanton Zürich ihre Statuten entsprechend anpassen. Als Stimmberechtigte können wir also inskünftig auch hier unsere politischen Rechte noch besser wahrnehmen.

Anzeige:

breitestel

BSA Die Fachstelle bei allen Fragen von Abhängigkeit

- **Informationen** (Kurzberatungen telefonisch oder in der Beratungsstelle, Infomaterial)
- **Beratungen für direkt Betroffene** (Klärung der Suchtgefährdung, Hilfestellung zur Abstinenz oder reduziertem Alkoholkonsum, Hilfe bei sozialen, persönlichen Problemen und bei Führerausweiszug)
- **Beratung für Angehörige** (Eltern, Familienangehörige, PartnerInnen und Interessierte)
- **Gruppenangebote** (für Betroffene und Angehörige)
- **Abhängigkeitsprobleme im Betrieb** (Informationen für Betriebe und Vorgesetzte)
- **Rauchentwöhnung** (Einzelberatungen, Kurse)

Wir stehen Ihnen gerne zur Verfügung. Diskretion und Schweigepflicht ist bei uns selbstverständlich. Abendgesprächstunden.

Beratungsstelle für Suchtfragen, Landstrasse 36, 8450 Andelfingen
Tel. 052 304 26 65 oder 052 304 26 66

Naturfarben-Malergeschäft
Elisabeth Manz

052 318 1238
079 674 7978



Carving, Ski & Snowboard

Ski und Snowboardvermietung
(Mietpreisanrechnung bei Kauf)

Auslaufmodelle bis 40% Rabatt

Bfu - Prüfstelle

Profitieren Sie von der persönlichen Beratung

Moos - Sport, Henggart, Tel.052-316 15 14

Garntex - Wollmarkt

Tausende Liquidations-Knäuel ab Fr. 1.--, 2.-- und 3.--
Aktionswollen in modischen Farben zu sehr günstigen Preisen
5 neue Qualitäten in 46 Farben

DIE NEUE HANDARBEIT <WOLFFLECHTEN>
TEPPICHKNÜPFEN - GOBELINS
fachkundige Beratung

Am Schälchengässli 9 (via Pestalozzistr.) **NEUHAUSEN**
Geöffnet jeweils Donnerstag und Freitag von 13.00 – 18.30 und
Samstag 9.00 – 12.00 / 13.00 – 16.00 Uhr
Tel 052 672 63 27 / 8

Schneeberg^d Drogerie

Weinlandstrasse 8 8451 Kleinandelfingen
Tel 052 317 36 16 Fax 052 317 37 63

Das waschbare Nackenkissen, welches sich formrichtig anpasst

Das anatomisch geformte Stützkissen aus einem reinen, entkeimten, PCW-freien Polyurethan-Schaumstoff passt sich durch ihre Körpertemperatur formrichtig an.

DAS ELSA-NACKENKISSEN

- sorgt für die korrekte Stütze von Nacken und Schulterpartie
- lindert Halswirbel-, Muskel- und Nervenschmerzen
- gewährleistet optimale Druckverteilung
- verbessert die Blut- und Lymphzirkulation

DER PCW-FREIE SCHÄUMSTOFFKERN

- ist bei 40 °C waschmaschinenfest
- verhindert Schwitzen dank offenzelliger Struktur
- enthält keine - auch Agnuswollentziet
- und unverformt bei Lagerung und kann problemlos entsorgt werden.



Washable - Better made

Gegen Abgabe dieses Inserates erhalten Sie für das elsa Nackenkissen

10% Rabatt
Gültig bis Ende Februar 2007

The same procedure as every year, James!

Wirklich, wollen Sie es auch dieses Jahr behalten? Wie die alte Dame in "winner for one".

Mit allen den CD's aus Ihrer Sammlung, in überfüllten Standern, berstenden Tablarren, wildplatzierten CD Stapeln?

Seit drei Jahren ist das CD und DVD System von reson bei Ton Art erhältlich. In den ansprechend verarbeiteten Alu Boxen von 30 und 15 cm Länge lassen sich 80 und 60 Cd übersichtlich und platzsparend unterbringen. Mit dem Register ordnen Sie ganz nach Ihrem Wunsch und System.



Die Taschen und dokumentenecht, die Box aus gebürstetem Aluminium sind mit Filzblechern versehen und eine Silberhülle sichert die Rückführung am richtigen Platz. Die positive Kritik zu kleinen und grossen Sammlungen ist denn auch unüberhörbar. Vor allem das die CD von vorne gesehen wird der ausserordentliche Platzgewinn und beste Übersichtlichkeit werden am meisten gelobt. Dass man auch einfach mit einer Musiksparte beginnen kann und so etappenweise einzusteigen, wird ebenso geschätzt.

Alu Box gross	CHF 89
Alu Box klein	CHF 49
CD-Hüllen 40 Stück	CHF 39
Register A 7 / Musikstil	CHF 25
DVD Hüllen (2 DVD) 10 Stk	CHF 19

ART - NOT

H I F I - S T U D I O

Wartstrasse 7 8400 Winterthur
052 212 44 43 www.reson.ch/tonart

Ihre Pizzeria im Weinland



Silvia Braun-Dreiter
Landstrasse 35
Tel 052 317 25 25

8450 Andelfingen www.weinlandpizza.ch
Ruhetage Montag + Dienstag

Herausforderungen der Demokratie in einer globalisierten Welt

Schleichende Entmachtung?

Der Prozess der Globalisierung birgt Brisanz in sich, geht es doch um die Frage, ob, wie und in welchem Rahmen die drei Grössen Wirtschaft, Gesellschaft und Staat in ein neues Gleichgewicht gebracht werden können. Damit geht es auch um die politische Bändigung des Kapitals und darüber hinaus um die Erhaltung und Transformation des in Kontinentaleuropa etablierten Modells der sozialen Demokratie.

VON HANNES MORGER

Wenn von einer Krise des nationalstaatlichen Regierens die Rede ist, muss man sich zuerst darüber klar werden, was der Massstab zur Beurteilung der Situation ist. Der Vergleichsmassstab ist der demokratische Wohlfahrtsstaat, der sich im OECD-Gebiet nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat. Das Regieren muss in Gesellschaften so gestaltet sein, dass innere und äussere Sicherheit (inklusive einer lebensfähigen Umwelt) gewährleistet sind.

Weiter soll ein symbolisches Bezugssystem geschaffen werden, in dem sich eine kollektive Identität entwickeln kann. Diese kollektive Identität ist die Grundlage für die staatsbürgerliche Solidarität und damit auch Grundlage für Umverteilungsmassnahmen im Nationalstaat.

In unseren westlichen Demokratien müssen politische Entscheidungen legitimiert werden, wobei dies meist über Wahlen und Abstimmungen geschieht. Michael Zürn beschreibt in seinem Buch «Regieren jenseits des Nationalstaates» noch das Wohlfahrtsziel des Staates, nach dem das wirtschaftliche Wachstum so befördert wird und die sozialen Ungleichheiten so eingedämmt werden, dass ein breiter materiel-ler Wohlstand erreicht wird.

Globalisierung

Der Begriff der Globalisierung ist eigentlich falsch, da sich der Handel und andere grenzüberschrei-

tende Aktivitäten vor allem innerhalb und zwischen den grossen Wirtschaftsblöcken EU/EFTA, NAFTA und ASEAN abspielen.

Dies bedeutet, dass der grösse-re Teil der Weltbevölkerung gar nicht an der Globalisierung teilnimmt, sondern wegen fehlender Marktzugänge nicht zu partizipieren vermag.

Die Faktoren, die der Denationalisierung ihre Dynamik verleihen, sind in erster Linie technologischer, politischer und ökonomischer Natur: eine globale kommunikative Infrastruktur durch Satellitennetzwerke und Internet, rapide sinkende Transportkosten, internationalisierte Finanzmärkte und transnationale Unternehmen sowie darauf reagierende Politiken. Globalisierung wird als Verschiebung der Grenzen von verdichteten sozialen Handlungszusammenhängen über die Grenzen von nationalen Gesellschaften hinaus verstanden.

Entstehende Probleme

Die Globalisierung wirkt sich positiv auf die äussere Sicherheit der OECD-Staaten aus, denn die Verflechtungen lassen die Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung gegen Null sinken. Gerade durch das Wegbrechen von Grenzen entstehen aber auch regionalistische Gegenbewegungen.

Grenzüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten fördern auch die grenzüberschreitende Kriminalität. An dem Beispiel lässt sich gut erkennen, dass der Staat mit seiner meist nationalen Reichweite der Wirtschaft und der Gesellschaft, die international sind, hinterherhinkt. Nur durch internationale Kooperation (Interpol, Schengen usw.) können die Aktionsbereiche der verschiedenen Akteure wieder kongruent gestaltet werden.

Besonders arbeitsintensive Produktionen werden in Länder mit niedrigeren Lohnniveaus ausgelagert. Dies hat zur Folge, dass in

den alten Industrieländern die Arbeitslosenquote ansteigt, was die soziale Wohlfahrt durch Mehrausgaben und Mindereinnahmen massiv einschränkt. Kapitalmobilität führt zu Standortwettbewerb zwischen den OECD-Ländern, bei dem sich die Anforderungen an eine effiziente Produktion gegenüber Erwägungen der sozialen Verteilungsgerechtigkeit durchsetzen. Zusätzlich wird der Wohlfahrtsstaat durch die erhöhte Mobilität der Arbeit unterminiert, die sich in einer Wanderung von Spitzenverdienern in steuergünstige Regionen und von Menschen mit geringer Qualifikation in Regionen mit bessern sozialstaatlichen Leistungen manifestiert.

Im Standortwettbewerb werden die Staaten gezwungen, effizient zu arbeiten, was unter anderem Steuersenkungen nach sich zieht. Mächtige multinationale Unternehmen können den nationalen Regierungen mit Abwanderung drohen, um Zugeständnisse zu erzwingen. Die Verdrängung der Politik durch den Markt zeigt sich daran, dass der Nationalstaat seine Fähigkeit, Steuern abzuschöpfen, Wachstum zu stimulieren und damit Grundlagen seiner Legitimität zu sichern, zunehmend verliert. Die fiskalische Grundlage der Sozialpolitik wird schmaler, während gleichzeitig die Fähigkeit zur wirtschaftlichen Makrosteuerung abnimmt.

Die globalisierte Ökonomie führte dazu, dass die ehemals interdependente Symbiose von Markt und Politik zu einer Asymmetrie zugunsten des Marktes wurde. Dies führt zu staatlicher Hilflosigkeit und zu Versagen auf wichtigen Politikfeldern wie der Sozialpolitik, was wiederum eine Aufzehrung der Ressourcen für staatsbürgerliche Solidarität mit sich zieht. Auf der gesellschaftlichen Ebene kommt es durch Individualisierung, Flexibilisierung und Pluralisierung der Lebensformen zur Bildung von Subkulturen, die die politische Inklusion

und soziale Integration erschweren. Diese politische Fragmentierung kann zu fremdenfeindlichem Rechtsextremismus und zu einem Nationalstaat gefährden den Regionalismus führen.

Lösungsansätze

Es liegt nahe, nach politischen Therapien ausserhalb oder oberhalb der Nationalstaaten zu suchen. Es muss eine transnationale Politik (weiter-)entwickelt werden, die die globalen Netzwerke einholt. Aus wohlverstandener Eigeninteresse sollen die Erdbewohner eine weltbürgerliche Solidarität entwickeln. Die Antwort auf die Probleme soll nicht eine zunehmende Ausgrenzung sozial Unterprivilegierter sein, sondern eine Rückbesinnung auf die Solidarität und die Umverteilungsmechanismen des demokratischen Wohlfahrtsstaates sowie deren Extrapolation auf Ebenen jenseits des Nationalstaates. Angesichts der riesigen Unterschiede zwischen den Staaten dieser Welt und der Chance einer im Entstehen begriffenen Europäischen Union, bietet sich eine schrittweise Annäherung über die regionalen Stufen an ein weltumspannendes Netzwerk geradezu an. Die regionalen Zwischenstufen sollen nicht homogenisiert, sondern als gemeinsame soziale Projekte gedacht werden, die auf den Prinzipien von demokratischer Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit fussen. Im föderalen Mehr-Ebenen-System von Problemlösungseinheiten soll es ein Nebeneinander von supranationalen, transnationalen, nationalen und lokalen Einheiten mit entsprechend abgestuften Kollektividentitäten und Solidaritäten geben. Anzunehmen ist, dass der Anstoss zu dieser Entwicklung aus den Zivilgesellschaften kommen muss. Gerade globale Umweltprobleme wie die Erderwärmung zeigen mitunter brutal auf, dass die Weltbevölkerung bei einigen Problemlagen eine Schicksalsgemeinschaft ist.

Privatschule Morgentau
 Primar- und Sekundarstufe
 Progymnasium
 Ruhlstrasse 18 8100 Winterthur
 Tel: 052 / 213 46 54

Der klassen- und niveauübergreifende Unterricht vom 1.-9. Schuljahr erfolgt gemäss Lehrplan des Kantons Zürich. Jedes Kind wird individuell in Kleingruppen nach Absprache mit den Eltern musisch und intellektuell gefördert.

Das Betreuungsangebot umfasst Blockzeiten, Mittagstisch, fakultativ Frühenglisch, Französisch, Chinesisch und Waldferien.

Ab Fr. 699.- pro Monat (1. Kl.)

Gönnen Sie Ihren Kindern eine fröhliche, lehrreiche Schulzeit!

Schön, mit Ihnen zu bauen.

LANDOLT

Interieur • Treppen • Natur • Urban
 Bäder • Küche • Sanitärraum • Garage • Keller
 Landolt + Co. AG 8451 Kerschdorfstrasse 1
 TEL. +41 52 305 29 29 www.landolt.ch

grünwerk

Grünwerk
 Genssenschwil
 8100 Winterthur
 Tel 052 283 90 10

8045 Zürich
 Tel 01 483 93 39

8200 Echaffrousaan
 Tel 052 620 41 90

Gartenarchitektur
 Gartenbau
 Biologische Pflege
 www.gruenwerk.ch

Zwischen den Zeiten verweilen.

Literatur aus aller Welt, Folio, Kinderbücher, Traktat, Frauenbücher, Philosophie, Comics, Gesundheit, Postkarten, spezielle Bildbände.

buchhandlung
 atropa
 geflügelstrasse
 8002 zürich
 tel. 052 2 11 2 10
 fax 052 2 11 2 11
 buchhandlung atropa
 schiffstrasse 10
 8002 zürich
 tel. 052 2 11 2 11
 fax 052 2 11 2 11

atropa

Renovieren statt rausreißen, wegwerfen oder streichen!

Alte Türen ... regelmäßig streichen? Ist Ihre alte Tür dunkel, dann dem Umarmungs System für die Tür-Kammer, Beschläge und Strammer, passend zur Tür.	Alte Küche ... ausquartieren? Wieder neu mit dem Jalousie-System für alle Kücher	Alte Treppe ... rausreißen? Wieder neu mit dem „Stufe auf Stufe“-System für alle Treppen	Alte Fenster ... regelmäßig streichen? Wieder neu mit dem „Jalousie“-Verdickungs System für alle Holzfenster
--	---	---	---

PORTAS
 Europas Reparatur Nr. 1

PORTAS FACHTRIEB
 Inovit AG
 Seewadelsstrasse 22 8444 Henggart
 Tel. 052 316 24 20 www.Portas.ch

Besuchen Sie unsere ständige Ausstellung - oder rufen Sie an, unsere Kataloge sowie Produktideen legen für Sie bereit!

WYLAND BROCKI
 8457 Hundikon b. Andelfingen
 Tel. 052 317 01 02 / 24h

- ★ Antik Brocki
- ★ LP und CD
- ★ Umzüge
- ★ Räumungen
- ★ Entsorgungen

Auf 300 m2 bieten wir minestive Ware an. Ein Besuch lohnt sich bestimmt!

Öffnungszeiten:
 Mo. - Fr. 14 - 18 / Sa. 10 - 18 Uhr

Sunnegarte AG

Wir gestalten und unterhalten Ihren Traum



Georg Stimmann
 052 301 29 39
 www.sunnegarte.ch

Truttikon / Rheinau

FINTAN REUTEMANN

Poststrasse 17
 8462 Rheinau

ELEKTRO-PLANUNG
 GmbH

Tel.: 052 319 11 44
 Fax: 052 319 31 34
 e.mail: fr.elplan.@bluewin.ch

Projektierung von:

- Elektro-Installationen
- Solaranlagen
- EW NS-/MS-Anlagen
- EDV-Netzwerken

Vom Zürcher Oberland ins Weinland

Milchprodukte mit Kultur

Die Sennerei Bachtel gehört schon seit vielen Jahren zu den Lieferanten der Lindenmühle. Der Demeter Betrieb liefert unserem Laden Käse-, Quark- und Joghurtspezialitäten. Man kann die Käseerei auch besuchen und selber käsen.

VON HELEN TRÜB, ANDELFINGEN

Die Sennerei Bachtel produziert nach Demeter Kriterien

Die Milch kommt täglich von Demeter Höfen aus der Umgebung. Die Kühe sind dort Sommer und Winter im Freien. Sie werden nicht enthornt. Kälber werden ausschliesslich mit Muttermilch und artgerechtem Futter grossgezogen.

Aus dieser aromatischen Qualitätsmilch werden Käse, Quark und Jogurt in verschiedenen Variationen sowie Rahm, Past- und Sauermilch hergestellt. Quark wird aus kuhwarmer Milch produziert und es werden ausschliesslich eigene Impfkulturen verwendet.

Alle Milchprodukte sind nicht homogenisiert, synthetische Zusatzstoffe sind tabu. So entstehen gesunde Lebensmittel für Men-

schen, die Wert legen auf vitale Nahrung.

Unsere Produkte sind so gut wie ihr Rohstoff – die Milch. Wir legen deshalb Wert auf naturnahe Verarbeitung und eine artgerechte Tierhaltung.

Den Käse erleben

Käsen ist in der Sennerei Bachtel ein echtes Handwerk. In der Spezialitätenkäserei erhalten Schulklassen, Privatpersonen und Firmen Einblick in die Herstellung eines Käses. Die Besucher können selber ausprobieren, wie man die Milchgallerte mit der Käseharfe schneidet, mit dem Käsetuch herausnimmt und in die Form bringt.

Die Sennerei Bachtel möchte mit der Schaukäserei ein klares Zeichen setzen für die Erhaltung des uralten, traditionellen und dennoch zukunftsträchtigen Käserhandwerks.

Käse ist nicht nur beim Essen ein Erlebnis. Bei uns kann man auch selber käsen und sehen, wie ein Laib entsteht und was mit der Molke geschieht.

Chancen für alle

In der Sennerei Bachtel arbeiten auch Menschen mit körperlichen oder seelischen Handicaps. In einem lebendigen, wohlwollenden Umfeld erhalten sie die Möglichkeit, einer Sinn gebenden Arbeit nachzugehen oder eine zweijährige Lehre zum Milchpraktiker zu machen.

Diese Arbeit mit behinderten Menschen möchte die Sennerei ausbauen und auch Wohnmöglichkeiten anbieten.

Information und Anmeldungen:
Sennerei Bachtel
Sennhüttenstrasse 13
8342 Wernetshausen/Hinwil
Telefon 043 843 12 20
www.sennerei-bachtel.ch

Unsere Sennerei Bachtel Spezialitäten

Käse: Der «Holderebäsel»; der rezente «Mägerlimuck»; der «Gluschtige».

Feine Joghurts: Von Nature über viele Früchtesorten bis Mokka und Schoggi.

Quark: Nature und die beliebten Früchtequarks.

Tzadziki nach griechischer Art.

Rahm, Sauermilch und Molke.

In der Lindenmühle erhalten Sie auf Vorbestellung Käseplatten für Ihren Apéro.

Kochkurs für Eilige

Haben Sie wenig Zeit zum Kochen? Möchten Sie dennoch mehr über Lebensmittel erfahren und mit ehrlichen Produkten gesundes Essen kochen?

Kurze Abendkurse mit Warenkunde, Kochpraxis und Abendessen in der Lindenmühle, mit Ernährungsberaterin Karin M. Erb.

Dienstag, 20. Februar und Mittwoch, 7. März, 18.30–20h, bitte im Laden anmelden.



Lindenmühle Naturprodukte



**Lindenmühle
Naturprodukte**

8450 Andelfingen
Landstrasse 39
Tel. 052 317 29 33
Fax 052 317 21 59

Über Mittag offen bis 13 Uhr
Take-Away Menüs, Salate, Brötli

Beachten Sie unsere verlängerten Öffnungszeiten!

Montag–Freitag: 8.30–13.00 14.30–18.30
Samstag: 8.00–13.00

Freitags liefern wir Ihren Einkauf auf Wunsch nach Hause.
Ab Fr. 100.– Einkaufssumme gratis!

DVD-Entertainment-System !



DENON

S-101

spielt CD + DVD
Entwickelt für Heimking +
Musikwiedergabe
Leistung 200 Watt
Anschluss für iPod



Radio HiFi Television Video
Sauter AG

Monnikart	8150 A. Völkgen	Tel. 052 717 2277
Unterschli 22	8200 Schaffhausen	Tel. 052 624 0404
Vordergasse 74	8300 Schaffhausen	Tel. 052 624 0812
Zentralstrasse 57.65	8912 Nunningen A. RH	Tel. 052 675 57 55
	E-mail: info@sauterag.ch	

Surround-Sound

aus 2 Lautsprechern und Subwoofer

SFr 1890.-

„Die Zürcher Regierung hat zwei grosse Qualitäten. Regine Aeppli und Markus Notter wieder in den Regierungsrat.“



Eine Stimme für Sie



10 Jahre friho



Dorfstrasse 19
8458 Dorf
Tel. 052 317 11 90

www.friho.ch

Durst....?

d'friho bringt's au, wämmer's holt!

+++Getränkabholmarkt+++Mostere+++
+++Festlieferdienst+++Hauslieferdienst+++

C'est brillant

daniel schölller | jonas maggioli | goldschmiede

vordergasse 16 | 8200 schaffhausen | 052 625 18 47

Österreichs Recht auf Gentechnikfreiheit vor Handelsinteressen gerettet

«Österreichs Importverbot für zwei gentechnisch veränderte Maissorten wurde heute vom Umweltministerrat bestätigt», lobt Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Berichterstatter des Europäischen Parlaments zur Frage der Koexistenz von gentechnisch veränderten Kulturpflanzen (GVO). «Damit hat der Rat gezeigt, dass die Kommission nicht einfach aufgrund von WTO-Beschwerden den Staaten ihr Recht auf Schutz vor bestimmten GVO absprechen kann. Die WTO als Handelsorganisation sollte sich um faire Spielregeln für den Welt-

handel kümmern. Sie darf sich aber nicht in das Selbstbestimmungsrecht eines Staates einmischen, der demokratisch legitimiert (die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnen GVO ab) die Lebensmittel, Landwirtschaft und natürliche Umwelt von bestimmten gentechnisch veränderten Pflanzen freihalten will.» «Die Europäische Gesetzgebung erlaubt es den Mitgliedstaaten, als Koexistenzmaßnahme (Richtlinie 2001/18; Artikel 26a) entsprechende Anbauvorschriften zu erlassen, die die Kontamination mit GVO ver-

hindern. Ausserdem können die Staaten zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt das Inverkehrbringen eines GVO verbieten, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse Zweifel an der Unbedenklichkeit dieses GVO bekräftigen (Richtlinie 2001/18; Artikel 23)», ergänzt Graefe zu Baringdorf, Europaabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen. «Das österreichische Umweltbundesamt zusammen mit dem Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur hält die Maissorten MON810 sowie T25 für gesundheitlich bedenk-

lich. Das muss nun auch die Europäische Kommission anerkennen, die oft zu schnell grünes Licht gibt, wenn es um gentechnisch veränderte Pflanzen geht.»

Quelle: Presseerklärung von Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf Berichterstatter des Europäischen Parlaments zu GVO

Deutschland will viel grössere Abstände zwischen den Maisfelder einführen, als es die offiziellen Forschungsanstalt Reckenholz (Agroscope) empfohlen hatte.

Im Februar will sich das deutsche Bundeskabinett mit der Änderung des Gentechnik-Gesetzes befassen. Nach Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer soll der Abstand zwischen Feldern mit Gentech- und konventionellem Mais so festgelegt werden, dass der Haftungsfall eine «absolute Ausnahme» bleibe. Seehofer deutete an, dass der Mindestabstand im Maisanbau bei 150 Meter liegen solle. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Ulrich Kelber will den Abstand auf 300 Meter festlegen. Die eidgenössische Forschungsanstalt Agroscope hatte im Vorfeld der Gentechnikfrei Initiative eine Studie veröffentlicht, in der sie behauptet, die Koexistenz sei in der Schweiz machbar, wenn man Abstände von 20 höchstens 50 Meter einhalten würde. Bei 150 oder 300 Meter würden in der kleinräumigen Schweiz grössere Probleme auftreten. (Im Durchschnitt wären das Vereinbarungen mit 17 Nachbarn!)

Quelle: Neues Gentechnik-Gesetz: Koalitionsstreit um Anbauregeln für gv-Pflanzen. Transgen.de, 20.1.07

Umweltanliegen immer wichtiger

Das Umweltbewusstsein der Deutschen ist weiter gestiegen. Dies zeigt eine ausgedehnte Studie, die in Deutschland vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit durchgeführt wurde. Bei der offenen Frage nach den wichtigsten Problemen in Deutschland ist der Umweltschutz von Platz 4 in den Jahren 2000 und 2002 über Platz 3 im Jahr 2004 auf Platz 2 geklettert. 93 Prozent der Befragten halten Umweltschutz für wichtig.

Artenvielfalt und Natur sind den Menschen wichtig. Das Problembewusstsein für den Verlust der biologischen Vielfalt ist sehr hoch.

Auf der Richterskala der für sie selbst und ihre Familie besonders bedrohlichen Umweltprobleme rangiert die Gentechnik laut der Studie nach Klimawandel und Atom auf Rang 3 der deutschen Umwelt-Sorgen:

«Fast jeder zweite Deutsche fühlt sich durch den Klimawandel persönlich bedroht. Gleiches gilt für die Risiken der Atomkraft. Auch in Bezug auf die Gentechnik dominiert die Einschätzung, diese könne für einen selbst und die eigene Familie gefährlich werden. 42 Prozent stufen die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen in Lebensmitteln

als potenziell gesundheitsgefährdend ein».

Der Auswertung ist weiterhin zu entnehmen, dass eher lokale Risiken wie die Verschmutzung von Luft und Gewässern im Durchschnitt als weniger gefährlich empfunden werden als der Klimawandel, die Atomkraft und die Gentechnik

Die Gentechnik wird von der Bevölkerungsmehrheit im Übrigen nicht nur als potenzielles Gesundheitsrisiko empfunden. Ein grosser Teil hat auch Bedenken bezüglich der Sicherheit im Hinblick auf die Folgen für Natur und Umwelt.

Quelle: <http://www.bmu.de/umwelt/information/downloads/doc/38284.php>.

Friends of the Earth: Gentechnpflanzen können Erwartungen immer noch nicht erfüllen.

Eine neue Studie von Friends of the Earth Europe zeigt, dass Gentechn-Pflanzen noch immer nicht die Erwartungen erfüllen. Kein Gentechn-Produkt nützt dem Konsumenten bezüglich Preis oder Qualität. Weder Hunger noch Armut wurden durch die Agro-Gentechnik verbessert. Gentechn-Ernten werden grösstenteils als teure Futtermittel verkauft, um die reichen Ländern mit Fleisch zu versorgen. Die Umwelt hat von der Agro-Gentechnik keinen Nutzen. Im Gegenteil, Gentechn-Anbau erweist sich zunehmend als nicht nachhaltig.

Quelle: Friends of the Earth Europe (2007). New report: GM crops still not performing. Press Release



Pflanzenfarbe inkl. Schneiden Fr. 85.--



Coiffeur El Benna
8468 Waltalingen
Naunfernerstr.
Tel. 052 745 25 06

ÖY via Ausstaffinger
mit dem Auto ca. 20 Min.

Haben Sie sich durch achtes Gärtnchen gewährt, Ihrem Haar und Ihrer Kopfhaut zuleben, die Haare und Köpfe. Chemischen Pflanzenfarben färbem zu lassen? Ringieren Sie einfach einfach aus. Lassen Sie sich überraschen, wie natürlich und glänzend ihre Haare aussehen. Wir beraten Sie gerne.



**Computerkurse
für PC und Mac**

Mac Support

Wenn Ihr Mac nicht mehr so will wie Sie, dann rufen Sie mich an. Ich berate Sie und komme auch zu Ihnen nach Hause. Ich biete interessante Lehrmittel und Computer-Kurse in der Region

www.computerschuledachsen.ch
baach.bleter@mac.com (052 / 859 16 28)
Installationen, Kurse, Lehrmittel



Holzspielschöpfli

Erich und Hildegard Ritzmann
Oberdorfstrasse 18
8416 Flaach
Tel. 052-318 17 88

www.holzspielschoepfli.ch

Holzspielwaren, Holzpuzzles, Kappla, Cuboro, Haba-Produkte, Mobiles, Lemspiele, Kässeli, Puppenstuben, Ställe, Tiere, Traktoren, Kugelbahnen, Kinderbüchli und vieles mehr!

MAURER HAUS UND GARTEN

**BAUBIOLOGIE, BAUÖKOLOGIE
GARTENBAU, UNTERHALT**

STEFAN MAHER
DORFSTR. 29, 8441 DACHSEN
052 659 29 45, 078 724 33 54. STEFAN.MAUER@BIUEWIN.CH

**Baubiologische Beratung
Altbausanierung
Radonmessung**

Doppelter Pukelsheimer

Wer auf den folgenden Zeilen einen Bericht über das neue Kürprogramm von Stephane Lambiel erwartet, der liegt falsch – denn es geht um die bevorstehenden Kantonsratswahlen!

ROLY BRUNNER

Zwar wird der Kantonsrat nach den Neuwahlen dieses Frühjahrs wie bisher aus 180 Mitgliedern bestehen und montags werden nach wie vor vier Personen aus dem Bezirk Andelfingen nach Zürich fahren. Wer dies ist, wird jedoch neu nach dem «Zürcher Zuteilungsverfahren» bestimmt, einer Methode, die auf Professor Dr. Friedrich Pukelsheim zurückgeht.

Bis anhin wurden die vier Kantonsratssitze des Bezirks Andelfingen innerhalb des Wahlkreises Andelfingen ermittelt und zugeteilt. Dies hatte zur Folge, dass eine Partei im Weinland mindestens 20 Prozent der abgegebenen Stimmen erreichen musste, um einen Sitz im Zürcher Rathaus zu erringen. Ganz anders verhielt es sich in den grossen Wahlkreisen wie Horgen oder Bülach, wo oft ein Wähleranteil von knapp 6 Prozent genügte, um im Parlament vertreten zu sein. Seit einigen Jahren gab es daher Bemühungen, diese ungleiche Behandlung in den verschiedenen Bezirken zu beseitigen. Den Ausschlag gab letztlich das Bundesgericht in Lausanne. Dieses kam zum Schluss, dass bei Proporzahlen die Mindestgrösse der Wahlkreise mindestens bei 10 Sitzen liegen müsse.

Auf Grund dieses Entscheides hat der Kanton Zürich per 1. Januar 2005 sein Gesetz über die politischen Rechte angepasst und die Sitzverteilung für den Kantonsrat 2007–2011 erfolgt somit erstmals nach dem neuen Verfahren.

Wie bisher werden die Wahlergebnisse der verschiedenen Parteien in den einzelnen Wahlkreisen ermittelt, doch gehen diese anschliessend an den Kanton, der die Auswertung und Sitzverteilung in mehreren Schritten vornimmt. Diese sehen in zusam-

mengefasster Form wie folgt aus:

Zuerst wird geprüft, ob die Liste einer Partei in einem Wahlkreis die vom Gesetz vorgeschriebene Mindeststärke von 5 Prozent erreicht hat. Ist dies der Fall, so werden alle für diese Liste abgegebenen Stimmen aus sämtlichen Wahlkreisen addiert und die betreffende Partei nimmt an der Sitzzuteilung teil. Erreicht eine Liste in keinem der Wahlkreise das Mindestquorum von 5 Prozent, so wird sie bei der Sitzzuteilung nicht berücksichtigt.

Im nächsten Schritt werden die Sitze auf die Parteilisten verteilt. Die Sitzverteilung erfolgt nicht wie früher direkt in den Wahlkreisen, sondern zunächst auf der kantonalen Ebene. Nach Abschluss dieser Oberzuteilung steht dann fest, wie viele Sitze jede politische Partei gesamtkantonal erhält.

Anschliessend werden die einer Partei zugewiesenen Sitze auf die einzelnen Listen in den verschiedenen Wahlkreisen zugeteilt. Hier kommt nun die von Professor Pukelsheim entwickelte Methode zur Anwendung. Für die an Polit-Mathematik interessierten Leserschaft sei dazu auf die ausführlichere Darstellung im Internet der Direktion der Justiz und des Inneren verwiesen.

Das neue Verfahren weist grosse Vorteile auf, denn es führt zu einer bisher unerreichten Abbildungsgenauigkeit der politischen «Wählerlandschaft», da die Sitzverteilung im Parlament sehr genau mit den politischen Kräfteverhältnissen der Wählerschaft übereinstimmt. Auf der anderen Seite besteht diese Abbildungsgenauigkeit jedoch nur auf der kantonalen Ebene und dort mit Blick auf die Listengruppen. In den einzelnen Wahlkreisen kann es allerdings dazu kommen, dass die Liste der Partei A mehr Sitze als die Liste der Partei B erhält, obwohl die A-Liste weniger Stimmen auf sich vereint. Dieser Nachteil ist der Preis für die Beibehaltung der bisherigen Wahlkreise.

www.statistik.zh.ch/themen/17/pukelsheim/wahlverfahren.pdf

la columna

Hälfte plus 1

Entscheidungen werden in der Schweiz grundsätzlich basisdemokratisch und vor allem nach dem Mehrheitsprinzip abgehandelt. Wir kriegen das bereits mit der Muttermilch eingeflösst oder spätestens im Kindergarten eingetrichtert, wenn über das Spiel per Handerheben abgestimmt wird. Jeder weiss, dass das «Absolute Mehr» die Hälfte der gültigen Stimmen plus 1 ist, und bei besonders wichtigen Dingen kann eine qualifizierte Mehrheit gefordert werden, dies wird meistens auch per Mehrheitsentscheid beschlossen...

Während der Schulzeit wird dieses Verfahren bereits zur Genüge eingeübt. Ein Beispiel: das Organisieren der Schulreise. Zuerst kann jedeR so viele Reiseziele vorschlagen wie ihm/ihr beliebt. Dann wird abgestimmt, jedeR hat drei Stimmen für drei Vorschläge. Findet sich nach der ersten Abstimmungsrunde keine absolute Mehrheit, werden die drei Vorschläge mit den meisten Stimmen in die zweite Runde genommen. Jetzt hat jeder eine Stimme; die einfache Mehrheit entscheidet. (In Ausnahmefällen kann es zu einer dritten Runde kommen!)

Dieses Prozedere wiederholt sich immer wieder: Wer organisiert das Klassenfest? Wie heisst die Schülerzeitung? Was ist das Thema der Projektwoche? Während einer normalen Schulkarriere verbringen wir Stunden mit Stimmen zählen, Vorschläge sammeln und Verfahren definieren.

Für mich war es fair und gar offensichtlich, in Situationen mit verschiedenen Meinungen auf die Mehrheit zu hören und sich, auch wenn man zu der Minderheit gehört, nach dem Entscheid auf die Seite der Mehrheit zu schlagen und zusammen das Ziel zu erreichen.

Doch wo bleibt hier die Kreativität und Flexibilität? Entstehen nicht die besten Ideen durch eine leidenschaftliche Diskussion, durch das Überzeugen des Gesprächspartners von einer Idee und durch die Synergien und das Weiterdenken von verschiedenen Meinungen und Haltungen? Denn fixe Vorschläge an der Wandtafel kommen von einer Person, haben somit nie die Vielfältigkeit und Reichhaltigkeit einer in der Gruppe reflektierten Lösung und ersticken jegliches Weiterdenken, Kombinieren, Visionieren und Fantasieren im Keim.

Wenn auch im Lehrplan für die Schüler die Mehrheitsmethode aus Gründen der Zeit- und Energieeffizienz beibehalten wird, lohnt es sich trotzdem ungemein, sich ab und zu bewusst für die Diskussion und gegen die einfache Mehrheitsabhandlung zu entscheiden.

Martina Straub

**Vernünftige Mobilität
TOYOTA**

**eco
motion**
TESTDAYS 15.-21.5.06
www.ecomotion.ch

**Toyota Prius - Das Hightech-Wunder
Sieger der VCS Auto - Umweltliste**



kombiniert auf geniale Weise einen Benzin- mit einem Elektromotor (Hybrid-Synergia), ohne je an eine Steckdose zu müssen! Sämtlicher Komfort einer Mittelklasselimousine bei minimalem CO₂-Ausstoss (191g/km); 8 Jahre / 160 000 km Werksgarantie auf alle Hybrid-Komponenten

**Toyota Partikelfiltertechnologie:
Der erste Common-Rail-Diesel der
dritten Generation**

Neu ist ein Abgasreinigungssystem mit Katalysator und Partikelfilter, das ihn zum saubersten Diesel der Welt macht. Er unterbietet die neue Euro-4-Norm um 56% (Stickstoffausstoss) bzw. 92% (Russpartikelstausstoss).



**Jetzt testen im Corolla Verso,
Avensis oder RAV4 bei Garage
Corradi Marthalen:**

corradi

www.corradiauto.ch / 052 301 41 11



INSTITUT FÜR YOGA UND AYURVEDA
Kurse • Seminare • Workshops

YOGA

Yoga über Mittag: Do 12.15–13.15 Uhr und
YOGA in der Schwangerschaft: Mo 18–19 Uhr
Fortlaufende Yogakurse: Di/Mi/Do

AYURVEDA

Kurse: «Ernährung, Frauen, Gewicht, Massage»

Auskunft erteilt gerne:
Gabriela Huber-Mayer, Yogalehrerin SYG/EYU
Tel. 052 317 32 80, Fax 052 317 32 86
gabriela.huber@hispeed.ch
www.ayurveda-yoga.ch

STEGEMANN
dipl. Malermeister **MALER** **125**
8450 Andelfingen **JAHRE**

FARBE GESTALTUNG BAUTENSCHUTZ

TEL. 052/317 18 38

In den Regierungsrat
15. April 2007



Johannes Zollinger

Wädenswil, Eidg. dipl. Spitalverwaltungsfachmann,
Treuhandler, Stadtrat und Schulpräsident, Kantonsrat

«Wir sollten mehr tun als
unbedingt nötig. Weil
es unbedingt nötig ist.»

www.johannes-zollinger.ch



 **KellerPellets**
die grüne Wärme

- **Aus der Region, für die Region.**
- **Heizen mit reinem Gewissen.**
- **Wirtschaftliche Vorteile überzeugen.**



KellerPellets sind eine wirtschaftliche und ökologische Lösung
zu Holzöfen, Holzpellets, Holzpellets, Holzpellets, Holzpellets

Keller Pellets AG
Sagegg, Hölbel- und Lommere
Umarmen, 8450 Andelfingen, 8450
8450 Andelfingen
Telefon 052 317 18 38
Telefax 052 317 18 38
info@kellerpellets.ch
www.kellerpellets.ch



Der Frühling im Weinland

Die Natur vor Ihrer Haustüre erwacht.
Erleben Sie den Frühling
hautnah - mit dem U.P.Z. NeulandWeinland!

**Entdecken Sie mit uns die virtuoseren Trommler im
Wald, die wanderfraudigen Frösche auf Broutachau
und die ersten Kräuter des Jahres.**

Mit Kindern und Exkursionen für Kinder, Familien und
Erwachsene begehen wir auch dieses Jahres Erwachen
der Natur hautnah!

Bestellen Sie jetzt das neue Jahresprogramm 2007!

Weitere Informationen unter:

PanEco

UBZ NeulandWeinland, Stiftung PanEco
Chilweg 5, 8415 Berg am Irchel
Tel. 052 318 23 21, info@neulandweinland.ch
www.neulandweinland.ch www.paneco.ch

Umweltbildungszentrum
NeulandWeinland

Gut gemeint hat oft geschadet

VON JEAN-JACQUES FASNACHT,
CO-PRÄSIDENT KLAR! SCHWEIZ

Eigentlich gibt es erstaunlich viele Übereinstimmung zwischen Befürwortern und Gegnern der Atomtechnologie. So das Bewusstsein um die möglichen katastrophalen Gefahren für alle Lebewesen bei einem nicht mehr kontrollierbaren Störfall oder eben der fast unendlich langen tödlichen Gefährlichkeit von radioaktiv strahlendem Atommüll. Allerdings kommen dann die beiden Seiten zu ganz verschiedenen Schlüssen. Ist für die Befürworter das statistisch kalkulierbare «Restrisiko» tolerabel, halten wir es angesichts der damit verbundenen dramatischen Konsequenzen für das Leben, die Gesundheit und das wirtschaftliche Überleben der Betroffenen definitiv für inakzeptabel. Oder die Befürworter glauben mit der Entsorgung des radioaktiven Abfalls in tiefe Kavernen das Atommüllproblem gelöst zu haben, während wir die letztlich nicht zu garantierende Sicherheit und die negativen Auswirkungen eines Atommülllagers nicht hinnehmen können. Zudem sind wir fest von der Verantwortung überzeugt, dass wir unseren Nachkommen keine radioaktiven Erbsünden auferlegen dürfen! Was auch die NAGRA für sich in Anspruch nimmt.

So gesehen kommt die Aufgabe, einen Konsens in der Frage nach einem allgemein akzeptierten Atommülllager zu finden, letztlich der Quadratur des Kreises gleich. Auch der am 12. Januar 2007 präsentierte «Sachplan Geologisches Tiefenlager», der einen geordneten Planungsprozess garantieren soll, wird so wohl scheitern. So gut er auch gemeint sein mag. Wir alle können dazu bis zum 20. April unsere unverbindliche Meinung kundtun, was sich nach der frustrierenden Erfahrung zum Vernehmlassungsverfahren in Sachen «Entsorgungsnachweis der NAGRA»

wohl jeder ganz genau überlegen wird!

Kein Wort wird mehr über den für uns unabdingbaren und konsequent logischen «geordneten Atomausstieg» verloren. Ganz im Gegenteil, immer lauter wird über den Neubau von Atomkraftwerken nachgedacht und das Bundesamt für Energie – wie verschiedene weitere Bundesämter Kollektivmitglied der massgeblichen Atomlobby-Organisation «Nuklearforum» – malt bereits unverföhren das Schreckgespenst von baldigen Stromlücken im Winter an die Wand. Auf Grund eines offensichtlich äusserst fragwürdigen «worst-case-Szenariums» wird so nun zusätzlich Druck gemacht. Unter dem Begriff «Greenwash» wurde eine ausgeklügelte Propagandamaschinerie angeworfen, welche uns faktenwidrig die Atomkraft als das Heil aus dem drohenden Klimakollaps verkaufen will.

Und auch die leidige und lästige Atommüllfrage soll nun schnellstens erledigt werden. Auch wenn der Sachplan noch sehr viele Schwachpunkte hat. So lässt das Konzept es offen, welche Art von Lager gesucht wird, also entweder eine Mega-Atommülldeponie für schwach bis hochaktiven Müll oder je eines für die entsprechenden Radioaktivitäten. Im Weiteren ist der versprochene gleichwertige Abklärungsstandard für alle potenziellen Standorte nicht vorgesehen, die Abklärungskriterien sind nicht definiert und so auch nicht nachvollziehbar. Inakzeptabel ist auch die vorgesehene Koppelung von Sachplanverfahren und Rahmenbewilligungsverfahren. Aus einer überaus vernünftigen Idee wird in Anbetracht des für hunderttausende Jahre tödlich strahlenden Atom Mülls ein unausgegorenes Eilverfahren mit absehbarem Konfliktpotenzial.

«Akzeptanz durch Partizipation» ist das Zauberwort, dank dem die betroffene Bevölkerung ein

Atommülllager schlucken soll. In der langen Tradition unserer Demokratie haben wir aber gelernt, dass die Bevölkerung bei den für sie entscheidenden Fragen letztlich demokratisch mitbestimmen will. Denn nur so ist Fairness und Legitimität in einem Rechtsstaat gewährt. Und nicht durch ein hoch professionelles, aber unverbindliches, durch ein Bundesamt gesteuertes Informations- und Kommunikationsverfahren!

Dass das Volk sich störrisch verhalten wird, lässt schon das Aufbegehren der Kantone Zürich und Schaffhausen gegen ein Atommülllager in unserer Region vermuten. Zu allem «Ungemach» hat nun auch die Stadtregierung Winterthur offiziell ihre Bedenken gegen Benken geäussert. So steckt das NAGRA Projekt im Weinland unversehen in der Klemme – nicht nur zwischen den oppositionellen Städten Schaffhausen und Winterthur. Und weit über 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung wünschen sich erneuerbare Energieformen anstatt Atomstrom!



Editorial

Für einen sozialen, offenen und ökologischen Kanton Zürich

Auszug aus der Wahlplattform der SP Kanton Zürich (von Martin Naef und Esther Arnet).

Die SP Kanton Zürich ist eine erfolgreiche Partei. Wir haben in den vergangenen vier Jahren zahlreiche wichtige Abstimmungen gewonnen. Wir haben eine fortschrittliche, sozialere und demokratischere Verfassung erhalten, die Chancengleichheit, Nachhaltigkeit und Integration vorsieht. Wir haben ein neues Volksschulgesetz, das zukunftsgerichtete Investitionen in die Ausbildung und Betreuung der Kinder ermöglicht. Wir haben die Integrationskurse für fremdsprachige Jugendliche verteidigt. Und wir haben dem Sicherheitstrakt Rheinau und dem neuen Justizzentrum zum Durchbruch verholfen.

Daneben hat es auch schmerzliche Niederlagen gegeben, etwa die gegen unseren Willen beschlossenen Sparprogramme. Die Mehrheit im Kantonsrat aus FDP und SVP hat dem Kanton in 20 Jahren durch Steuersenkungen und Steuergesetzrevisionen rund 20 Steuerprozent entzogen. Dies hat zu einer massiven Umverteilung von unten nach oben und zum Abbau öffentlicher Dienstleistungen geführt. Davon profitieren Personen mit grossem Einkommen, während die kleinen und mittleren Einkommen die negativen Auswirkungen zu spüren bekommen. Statt sich am Gemeinwohl, der Chancengleichheit und dem Ausgleich zu orientieren, konzentriert sich die Politik auf Sparprogramme und den Steuerwettbewerb.

Unser Ziel ist klar: Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat von bloss zwei Sitzen kann und muss am 15. April gebrochen werden. Wenn uns dies gelingt, besteht die reale Hoffnung auf einen Aufbruch im Kanton Zürich. Neue Mehrheiten ergeben neue Möglichkeiten.

«Für eine intelligente soziale und ökologische Wirtschaftspolitik»

Markus Späth



Markus Späth-Walter ist 53 Jahre alt und wohnt mit seiner Frau und drei erwachsenen Kindern in Feuerthalen. Er ist Historiker mit Zusatzausbildung «Wirtschaft und Recht» und arbeitet als Gymnasiallehrer in Bülach. Zudem ist er Präsident der Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen im Kanton Zürich und Präsident der Schulsynode. Als Projektleiter hat er die dreibändige «Schaffhauser Kantonsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts» herausgegeben.

Markus Späth findet Ausgleich und Erholung beim Sport, in der Natur, in Haus und Garten, beim Lesen, im Theater oder auf Reisen mit der ganzen Familie.

Meine Ziele als Kantonsrat

Eine funktionierende Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und ist Basis für Wohlstand und Sozialstaat. Der Unternehmergeist ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Die Marktmechanismen lösen aber nicht alle Probleme. Eine starke Wirtschaft benötigt deshalb einen starken Staat, der Transparenz schafft, vernünftige Rahmenbedingungen durchsetzt und der Ausbeutung von Menschen und Umwelt Grenzen zieht.

Eine intelligente Wirtschaftspolitik sorgt für eine gezielte steuerliche Entlastung der Schwächeren, fördert ein umfassendes Angebot von Betreuungsplätzen für Kleinkinder und Tageschulen und definiert die Rahmenbedingungen für die öffentlichen Dienstleistungen wie Post, Verkehr,

Elektrizität, Wasser. Eine intelligente Wirtschaftspolitik verhindert, dass Unternehmen zu Selbstbedienungsanstalten für gierige Abzocker werden und sich jene durchsetzen, die in der Schweiz amerikanische Managereinkommen mit asiatischen Arbeiterlöhne kombinieren möchten.

Parole

Eidgenössische Abstimmung vom 11. März

JA zu einer sozialen Einheitskrankenkasse

Der Pseudowettbewerb zwischen 87 Krankenkassen ist unnützlich: Alle Menschen in der Schweiz müssen ohne Vorbehalte in die Grundversicherung aufgenommen werden. Allen Grundversicherten stehen die selben Leistungen zu. Sinnvoller ist eine soziale Krankenkasse für die ganze Schweiz für die Grundversicherung.

partei **lich**

SP

«Vorbeugen statt reparieren»

Eveline Kunz

Eveline Kunz ist 32 Jahre alt und wohnt zusammen mit ihrem Freund in Niederwil bei Adlikon. Sie arbeitet als Parteisekretärin der SP des Bezirks Winterthur. Während ihres Studiums (lic. phil.) hat sie für den WWF Schweiz und als Abfalllehrerin gearbeitet. Kinder und Jugendliche lernten von ihr, verantwortungsbewusst mit der Umwelt und unseren Ressourcen umzugehen.

Eveline Kunz ist Präsidentin des Trägervereins einer Kindertagesstätte und aktives Mitglied der Gewerkschaft Unia. Ihre Freizeit verbringt sie gerne mit ihrem Pferd in der Natur.

Meine Ziele als Kantonsrätin

Ich setze mich für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen von Mensch und Tier ein. Um diese Lebensgrundlagen zu sichern, braucht es eine nachhaltige



Entwicklung im Umwelt- und Energiebereich. Darum engagiere ich mich für einen wirksamen Umwelt- und Klimaschutz und für erneuerbare Energien.

Wer sich umweltfreundlich verhält, soll belohnt werden. Zum Beispiel durch Vergünstigungen beim energiesparenden Bauen oder beim Kauf von verbrauchsarmen Geräten und Maschinen. Es ist einfacher und gescheiter, im Voraus sorgsam mit unserer Umwelt zu sein als hinterher die Schäden mühsam wieder zu reparieren.

«Jugend mit Arbeit ist Jugend mit Zukunft»

Michael Stampfli

Michael Stampfli ist 18 Jahre alt und wohnt in Ossingen. Seit 2001 besucht er die Kantonsschule Rychenberg in Winterthur. Durch die Schülerorganisation der Kantonsschule kam er früh mit Politik in Kontakt. Inzwischen ist er Präsident der Union der Schülerorganisationen Schweiz/Fürstentum Liechtenstein und Vorstandsmitglied der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände.

Michael Stampfli widmet sich in seiner Freizeit gerne der Musik oder geht wandern.

Meine Ziele als Kantonsrat

Mein politischer Schwerpunkt ist die Jugendpolitik. Dabei ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit mein zentralstes Anliegen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist, die aktive Teilnahme von Jugendlichen in allen Bereichen



unserer Gesellschaft zu fördern. Diese Förderung soll durch die Schule geschehen, aber auch durch den Einbezug der Jugendlichen in alle wichtigen Entscheide, welche die Jungen betreffen. Dafür setze ich mich privat wie auch in den Schülerorganisationen ein.

Damit wir auch in Zukunft eine verantwortungsbewusste Gesellschaft haben.

«Gleicher Lohn für gleiche Arbeit»

Beatrice Güntert

Beatrice Güntert ist 51 Jahre alt und lebt mit ihrem Partner in Feuerthalen. Sie ist Sozialarbeiterin und arbeitet in Teilzeit bei der Beratungsstelle Nottelefon in Zürich. Dort unterstützt und begleitet sie Frauen, die sexuelle Gewalt erfahren haben. Zudem ist sie seit sechs Jahren freiberuflich als Supervisorin tätig und berät Fachpersonen und Teams aus dem Sozialbereich.

Beatrice Güntert ist seit 2006 in der Schulpflege Feuerthalen. In ihrer Freizeit ist sie passionierte Hobbygärtnerin und spielt Saxofon in einer Band.

Meine Ziele als Kantonsrätin

Ich setze mich ein für die Gleichstellung von Frau und Mann und für eine gerechte Familienpolitik. Trotz Gleichstellungsgesetz gibt es noch viel zu tun. Das Ziel «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» ist noch nicht erreicht und auch der



Aufstieg in Kaderpositionen ist den Frauen oft versperrt. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern braucht es Teilzeitstellen für Frauen und Männer sowie genügend ausser-schulische Betreuungsangebote, die auch bezahlbar sind. Als Sozialarbeiterin engagiere ich mich seit Jahren für Frauen und Kinder, denen Gewalt angetan wird. Ich bin überzeugt, dass eine gelebte Gleichstellung wesentlich dazu beiträgt, Gewalt in Familie und Partnerschaft zu reduzieren.

Ich bin in der SP...

... weil sie nicht nur die Interessen der «Schönen und Reichen» vertritt, sondern sich für einen gesunden und leistungsfähigen Staat einsetzt.

Roly Brunner, SP Dachsen



Die Weinländer Grünen

Eine Partei im Aufbruch

(us) Noch ist nicht vergessen, dass die Grünen gerade im Weinland durch turbulente Zeiten gingen, in deren Verlauf ihnen eine Anzahl Mitglieder und Sympathisanten enttäuscht den Rücken kehrten. Zu stark waren die Erfolge der Grünen Weinland mit dem Namen von Verena Diener verbunden, als dass die Abspaltung der Grünliberalen spurlos an der Partei hätte vorbeigehen können.

Inzwischen hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass es den grünen Anliegen egal ist, welchen Namen die Partei trägt, die sich um sie kümmert. Es passt deshalb ausgezeichnet, dass die Weinländer Grünen für die kommenden Wahlen mit unverbrauchten Kräften antreten, die den Blick vorwärts richten und mit ihrer pragmatischen Linie auch für Menschen wählbar sind, denen sektiererisches «Körnlpickertum» zu eng ist. Mit Personalberater *Daniel Schmid*, Bio-Landwirtin *Manuela Ganz*, Student *Luca Fasnacht* und Rechtsanwalt *Urs Späti* hat sich ein Team gefunden, das sowohl über begeisterungsfähige Jugendlichkeit wie über jahrzehntelange Erfahrung in verschiedenen Berufsfeldern verfügt. Ein Blick auf die täglichen Pressethemen zeigt, dass der vermehrte Einsatz für eine nachhaltige Entwicklung im Umweltbereich nötiger denn je ist. Die Grünen Weinland stellen sich der Herausforderung und streben danach, ihr Image als Nischenpartei abzustreifen.



Für die Zukunft unserer Kinder

Die Ampeln auf Grün!

Für eine nachhaltige Sicherheitspolitik sind die Ampeln im Kanton Zürich auf Grün zu stellen. Die zukunftsgerichtete grüne Politik unterstützt und gewährleistet, dass unsere Kinder auch in 20 Jahren lebenswerte Bedingungen antreffen.

Die Sicherheitspolitik ist zurzeit in aller Munde. Dabei werden die allseits bekannten Rezepte der rechtsgerichteten Parteien aus den Schubladen hervorgeholt. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass die Sicherheit in der Effektivität und Effizienz verbessert wird.

Zum Leidwesen der Ordnungshüter und der Bevölkerung verläuft Verschiedenes in der inneren Sicherheit suboptimal. Das verhindert den Aufbau effizienter und gleichzeitig angemessen handelnder Sicherheitsbehörden, die die vorherrschenden Herausforderungen wie die Jugendkriminalität in den Griff bekommen und dadurch die notwendige Sicherheit für die Bevölkerung gewährleisten.

Was können wir tun?

Meines Erachtens benötigen wir:

- gut ausgebildete und kooperierende Sicherheitsorgane (wie z.B. die Polizei und das Grenzwachtkorps); insbesondere im

Hinblick auf die Assoziation der Schweiz zu Schengen;

- ein staatliches Monopol für Sicherheitsaufgaben, um dadurch die Vergabe hoheitlicher Aufgaben an Private zu verhindern;

- einen gezielten Einsatz der finanziellen Mittel, um dadurch die geforderte innere Sicherheit zu gewährleisten.

Dafür setzen sich die Grünen im Rahmen der Sicherheitspolitik, namentlich der inneren Sicherheit, ein. Wir schauen hin, nehmen die Herausforderungen an und suchen nach Lösungen für die Sicherheit der Menschen in unserem Land.

Am 15. April erhalten wir die Gelegenheit, die Ampeln auf Grün zu stellen. Nutzen wir sie.

*Daniel W. Schmid, Dachsen
langjähriger Grenzwächter
und Grenzwachtoffizier
Kantonsratskandidat Grüne*

Jugendgewalt

Wie weiter? Es liegt an uns

Eifrig versuchen Pädagogen, Lehrer und Kriminologen nach spektakulären Vorfällen extremer Jugendgewalt auf Fernsehkanälen möglichst prägnant und medienwirksam die Ursachen der offensichtlich vermehrten und brutaleren Übergriffe zu erklären. Schuld waren je nach Standpunkt die Fernsehsender, welche Gewalt selbst zur Mittagszeit unzensuriert darstellen, Eltern, die ihre Kinder sozial verwaarlosten liessen, die Gesellschaft, mit ihren Zwängen und rigid engen Vorstellungen der idealen Lebensart, brutale Ego-shooterspiele, das auch in unserer Kultur weit verbreitete Machogehabe oder die ansteigende Zahl an Ausländern und deren traditionelles Verhältnis zur Gewalt. Zu oft wird die hinter diesem Problem stehende Komplexität ausgeblendet.

Es liegt aber an uns, dies zu verbessern und zu agieren. Am akutesten fehlen allgemein gültige Leitplanken, welche unsere Umgangsformen sinnvoll begrenzen, Normen, die erlauben, uns in unserer Gesellschaft zu entfalten und zu verwirklichen ohne anderen Personen zu schaden und die dazu nötige Selbstdisziplin, um diese wesentlichen Grundregeln für ein friedliches Zusammenleben einzuhalten.

*Luca Fasnacht, Benken,
Kantonsratskandidat Grüne*

partei **lich**

Die Grünen

Martin Graf
in den
Regierungsrat

Grün bewegt! Liste 4

Aufwind aus dem Weinland



Daniel W. Schmid, 1968,
Personalberater, Dachsen

Gefragt ist heute eine nachhaltige Politik, die das Leben und die natürlichen Ressourcen schützt und die Entwicklungen in Gesellschaft und Umwelt gezielt berücksichtigt. Mit meinen Erfahrungen in Führungspositionen, als Erwachsenenbildner, Berater und Vater will ich konstruktiv zu zukunftsgerichteten Lösungen beitragen. Unsere Sicherheit z.B. wird oft beschworen und gleichzeitig zu Tode gespart.



Manuela Ganz, 1957,
Bio-Landwirtin, Gräslikon

Als Bäuerin produziere ich Nahrungsmittel. Für mich ist es selbstverständlich, dass ich dies mit Verantwortungsbewusstsein mache. Vor allem setze ich mich dafür ein, dass auch in der Zukunft keine genveränderten Organismen in unseren Nahrungsmitteln sind – als Präsidentin von Bio ZH/SH und als Mutter von drei erwachsenen Söhnen, die vielleicht auch einmal eine Familie gründen.



Luca Fasnacht, 1988,
Student, Benken

Ich bin im Zürcher Weinland aufgewachsen und verwurzelt. Lösungsorientiertes Politisieren, sei es für eine ökologisch gesunde Umwelt oder eine gerechte Sozialpolitik, habe ich nicht nur als Schülerparlamentarier gelernt – das ergibt sich fast von selbst in einer Grossfamilie mit fünf Geschwistern.



Urs Späti, 1961,
Rechtsanwalt, Andelfingen

Als Vater von vier Töchtern möchte ich, dass sie nach Jahrzehnten noch immer eine Umwelt im Lot vorfinden, die ihnen ein lebenswertes Leben ermöglicht. Von Berufswegen habe ich häufig mit Menschen zu tun, die auf der Schattenseite der Gesellschaft stehen und die es verdienen, auch in der Politik eine Stimme zu erhalten.

Kantonale Initiative

Strom: sicher und sauber

Mehr Effizienz bei der Nutzung der Energie, ganz besonders beim Strom, ist ein Gebot der Zeit. Dass bei uns viel Strom unnötig verschwendet wird, ist bekannt, ebenso was zu tun wäre. Im Zürcher Energiegesetz steht zwar seit 1998, dass Massnahmen zur rationellen Energienutzung unterstützt werden können. Dieses Gesetz blieb bis jetzt toter Buchstabe, weil wegen der Sparpolitik des Kantonsrates keine neuen Aufgaben angepackt werden, und seien sie noch so dringend.

Mit einer Initiative verlangen die Grünen, dass mit einer Abgabe von 0,2 Rappen pro Kilowattstunde auf Strom aus nichterneuerbaren Quellen Effizienz und Innovation gefördert werden wie im Gesetz vorgesehen. Sparinvestitionen sind wirtschaftlich sehr interes-

sant, denn gemäss Weltbank-Ökonom N. Stern bringt eine Investition von 1\$ in Effizienz soviel wie 3\$ für Produktion und Verteilnetze. Unsere Initiative hilft dem Kanton, seine Untätigkeit zu überwinden und zukunftsgerichtet zu handeln. Andere Kantone haben das vorgeschlagene Instrument mit Erfolg eingeführt. Basel ist es als einzigem Kanton gelungen, den Stromverbrauch zu stabilisieren. Selbstverständlich gehört auch die Förderung der ganzen Vielfalt der Erneuerbaren, vor allem von Biogas und Wärmekraftkoppelungen zu unseren Zielen.

Unterstützen auch Sie diese Initiative! Denn Nichtstun wird uns teuer zu stehen kommen.

Alfred Weidmann, Uhwiesen

www.gruene-zh.ch

Parole

Eidgenössische Abstimmung vom 11. März

JA zu einer sozialen Einheitskrankenkasse

Die Grünen Schweiz haben die Initiative «für eine soziale Einheitskrankenkasse» mit lanciert. Statt 87 soll es nur noch eine Krankenkasse für die Grundversicherung geben, die effizient, transparent und kostengünstig geführt wird. Die ungerechten Kopfprämien werden abgeschafft, neu werden die Prämien der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten angepasst. Kleine und mittlere Einkommen werden also weniger Prämien bezahlen.

Grüne Agenda

– Mi 21. März, 20 Uhr: **Was braucht der Kanton Zürich für die Zukunft?** Podiumsdiskussion mit den vier Regierungsratskandidaten: Markus Kägi (SVP), Thomas Heiniger (FDP), Martin Graf (GP), Martin Bäuml (GLP), die unter der Leitung David Herters über Finanzen, Verkehr, Energie und Sicherheit diskutieren. Gemeindesaal Kleinandelfingen (bitte Parkplätze bei Firma Landolt benutzen).

– Sa 24. März, 10–12 Uhr: **Grüne Velobörse.** Veloschopf Bahnhof Andelfingen.

Kantonsratswahlen: Liste 6

Susanne Ita-Graf

Susanne Ita-Graf, Betriebsökonomin, im öffentlichen Dienst tätig, 45-jährig, Unterstammheim

Im Stammetal aufgewachsen, lebe ich auch heute mit meiner Familie in Unterstammheim. Die Familienarbeit teile ich mit meinem Ehemann, gemeinsam begleiten wir unsere beiden Jugendlichen auf dem anspruchsvollen Weg zur Volljährigkeit. Beruflich arbeite ich im öffentlichen Dienst unseres Nachbarkantons. Meine Aufgaben im Bereich der Volksschule fordern mich heraus und bereiten mir ebenfalls Freude und Befriedigung.

Daneben gilt mein Interesse auch der Politik. Seit vielen Jahren engagiere ich mich für die Öffent-

lichkeit. Auf die Erfahrungen als Bezirksschulpflegerin des Bezirks Andelfingen greife ich noch heute gern zurück. Seit fünf Jahren bin ich Vizepräsidentin der RPK Unterstammheim.

Soziale Integration in Wirtschaft und Gesellschaft

Es ist nicht allen Menschen im gleichen Masse möglich, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und sich am wirtschaftlichen Erfolg zu beteiligen. Der Staat soll Rahmenbedingungen schaffen, die eine gut funktionierende soziale Marktwirtschaft ermöglichen. Genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze, die allen eine würdige Existenz ermöglichen, sind eine Voraussetzung und von

hoher Priorität. Sie erfordern einerseits einen funktionierenden Wettbewerb, andererseits ist ein Ausgleich unter den Einkommen, über Steuern und Sozialversicherungen unabdingbar. Darüber hinaus sind wir gefordert, uns in unserem Tun und Handeln an verbindlichen, für mich christlich geprägten Grundwerten zu orientieren. Als Beispiel stehen Solidarität, Verantwortung und Glaubwürdigkeit.

Eine nachhaltige Gesetzgebung ist daran zu messen und so anzusetzen, dass sie gerecht ist und für gleich lange Spiesse in Wirtschaft und Gesellschaft sorgt.



Gleichstellung in Familie, Beruf und Bildung

Wir sind nach wie vor aufgefordert, uns auf allen Ebenen einzusetzen, dass Frauen und Männer in Familie, Beruf und Öffentlichkeit in gleichem Masse partizipieren können. Der Zugang zur Bildung muss unabhängig von Herkunft und Vermögen gewährleistet sein, um Chancengleichheit und soziale Integration sicherzustellen.

Christina Furrer

Christina Furrer, Sekundarlehrerin, 35-jährig, Henggart

Mit fünf Geschwistern bin ich auf einem Bauernhof in Henggart aufgewachsen. Während und nach meiner Ausbildung zur Sekundarlehrerin habe ich Stadtluft geschnuppert und bin nun wieder in meinen Heimatort zurückgezogen. Ich wohne gerne im Weinland. Nach einem längeren Auslandsaufenthalt arbeite ich als Vikarin auf der Oberstufe. Einblick zu haben in verschiedene Schulhäuser finde ich sehr interessant und inspirierend.

In meiner Freizeit pflege ich den Kontakt zu Familie und Freunden, verfolge das Geschehen in Wirtschaft und Politik, lese und musiziere gerne, engagiere mich im kirchlichen und sozialen Bereich und in der Politik.

Schule mit Kopf, Herz und Hand

Als Lehrerin will ich mich für eine Schule mit Kopf, Herz und Hand

einsetzen und bin darum gegen eine Reduktion von Handarbeits- und Hauswirtschaftslektionen. Und da im Biblischen Unterricht die Grundlagen unserer christlich geprägten Kultur und Geschichte vermittelt werden, ist er für mich ein unverzichtbarer Bestandteil des Lehrplans. Zudem will ich mich für die Schaffung von Lehrstellen einsetzen. Familien sollen vermehrt unterstützt werden, sowohl finanziell als auch in der Beratung, ich verweise hier auf die Kampagne «Stark durch Erziehung» der Stadt Zürich in Zusammenarbeit mit andern Verbänden.

Alternative Energien fördern

Die Problematik rund ums Thema Energie beschäftigt mich sehr. Für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen haben wir immer noch keine befriedigende Lösung gefunden. Wir müssen einerseits Energie sparen und die Energie besser nutzen, andererseits unbedingt neue Energiequellen erschliessen. Darum ist mir die Förderung von

Sonnenenergie, Erdwärme, Biomasse und andern alternativen Energien ein grosses Anliegen, vor allem wegen des CO₂-Ausstosses.

Nachhaltige Wirtschaftspolitik

Der sorgsame Umgang mit der Schöpfung verpflichtet zu einer nachhaltigen und ethischen Wirtschaftspolitik. Ohne Ethik gerät die Wirtschaft auf Abwege. Anzustreben ist ein qualitatives Wachstum, das ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltig ist. Ziel ist für mich die



Vollbeschäftigung bei Löhnen, die allen eine würdige Existenz ermöglichen. Die Schaffung und die Erhaltung von Arbeitsplätzen für Menschen mit verminderter Leistungsfähigkeit soll staatlich gefördert werden.

partei **lich**
EVP

Kantonsratswahlen: Liste 6

Martin Schwager

Martin Schwager, Berater für SystemInnovation, 47-jährig, Unterstammheim

Im vergangenen Frühjahr wurde ich als Präsident des Gemeinderates gewählt – nach acht Jahren Präsident der RPK. In der Gemeinderatsarbeit können die Auswirkungen über die getroffenen Entscheidungen direkt verfolgt werden. Das macht die Arbeit spannend, denn die Nähe zu den Menschen und zu den Sachfragen ist einer der Schlüsselfaktoren in der lokalen Politik. Diese Arbeitsweise prägt auch meinen Beruf, wo es darum geht, sich mit den wirtschaftlichen und technischen Themen intensiv auseinander zu setzen und mit den verantwortlichen Personen neue Lösungen für die Anforderungen der Zukunft

zu erarbeiten. Auch wenn das zeitliche Belastungsprofil eine andere Sprache spricht – im Zentrum meines Lebens steht unsere Familie. Zwei erwachsene Kinder in Ausbildung und eine Jugendliche auf dem Sprung dazu halten meine Frau und mich in Bewegung. In meiner persönlichen Freizeit interessiere ich mich für das globale Weltgeschehen und wirtschaftliche Zusammenhänge. Daneben spiele ich etwas Saxofon.

Ganzheitliche Bildung in einer globalen Wirtschaft

In der Bildungspolitik ist nach wie vor vieles in Bewegung – nicht nur in der Schweiz sondern auch in den internationalen Zusammenhängen. Pisa-Studien in der Volksschule und den Gymnasien oder Bologna-Modularität bei

den Hochschulen und Universitäten beeinflussen die Bildungslandschaft. Dabei ist zu beachten, dass unser hohes schweizerisches Bildungsniveau nicht abgebaut wird. In der positiv zu bewertenden Professionalisierung der Schulorganisationen darf die Zusammenarbeit mit den Eltern nicht vergessen gehen – wobei damit nicht zu verstehen ist, dass die Erziehung der Schülerinnen und Schüler in die Schule gehört.

Zukunftsfähige Mobilität

Klima- und gesundheitsschädigende Faktoren werden durch den unvermindert stark wachsenden Verkehr ausgelöst. Dabei gehen die grössten Belastungen vom Strassen- und Luftverkehr aus. Das Umsteigen auf den öffentli-



chen Verkehr kann uns durch flächendeckende und zeitlich ausreichende Verbindungen sowie eine einfache Tarifstruktur schmackhaft gemacht werden. Zum Umdenken eignet sich das marktwirtschaftliche Instrument des wahren Preises für die Transportdienstleistungen und Infrastrukturen – das heisst, alle direkten und indirekten Kosten sind vollumfänglich den Verursachern zu belasten. Dabei sollen die einzelnen Verkehrsmittel nicht gegeneinander ausgespielt, sondern sinnvoll kombiniert genutzt werden.

Christian Rüegsegger



Christian Rüegsegger, Schlossgärtner, 46-jährig, Andelfingen

Aufgewachsen bin ich auf einem kleinen Bergbauernhof bei Wattwil. Vor 18 Jahren zogen meine Frau und ich frisch verheiratet von Winterthur nach Andelfingen, der Grund war meine neue Arbeit als Gärtner im Schlosspark. Diese Arbeit fordert viel Einsatz, bereitet mir aber auch viel

Freude. Wandern und Fotografieren sind meine Hobbys.

Politische Sensibilisierung

Auslöser für mein frühes Interesse an Politik war die Erdölkrise in den siebziger Jahren. Da mir die Zukunft nicht gleichgültig war, beobachtete ich mit grosser Besorgnis die Veränderungen in der Umwelt. Lange vor Tschernobyl war mir klar, dass Atomenergie keine Alternative ist und lange vor dem Film von Al Gore wurde mir bewusst, dass das Abholzen der Urwälder und das Verbrennen der gigantischen Erdölvorkommen, drastische Veränderungen der Umwelt mit sich bringen werden.

Grundwerte

Ich bin zur Überzeugung gekommen, dass eine Gesellschaft auf längere Sicht nur Bestand hat, wenn sie auf gemeinsamen, soliden Grundwerten basiert. Aber welches sind unsere Grundwerte?

Einen Konsens zu finden, ist gar nicht so einfach.

Ich stelle eine zunehmende Tendenz zur Individualisierung fest. Es ist ein Prinzip, in dem die Stärkeren gewinnen. Zum Teil funktioniert dies wunderbar. Aber die Kette einer Gesellschaft ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Viele haben Mühe, sich in diesem System zu behaupten.

Vor kurzem hat die EVP eine Wertekampagne gestartet. Entstanden ist eine Wertecharta aufgrund eines Referates von Pfarrer Alfred Aeppli aus Jegensdorf. Er hat den Dreiklang «Glaube, Lie-

be, Hoffnung» in neun christlichen Werten konkretisiert. Sie lauten: Gerechtigkeit, Verantwortung, Selbstbeschränkung, Wertschätzung, Gerechtigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit, Zielorientierung, Frieden.

Für mich ist dies eine gute Basis, auf der ich mein politisches Denken und Handeln aufbauen will.

Parole

Eidgenössische Abstimmung vom 11. März

NEIN zu einer sozialen Einheitskrankenkasse

Den Ausschlag für das nein gaben die befürchteten praktischen Schwierigkeiten bei der Errichtung einer Einheitskasse und die Verknüpfung mit einkommensabhängigen Prämien. Letzteres schien den Delegierten zu wenig durchdacht.

Liste 6



Neue Wege gehen - mit MBT. **125 Jahre** (1882-2007) das Schuhhaus von Andelfingen



Kollektionsübersicht unter www.schuh-peier.ch

**SCHUH-
Peier
ANDELFINGEN**

z.B.
M.Walk
Fr. 299.-
oder
Kisumu
Fr. 289.-

physiologisch funktionell
MBT



veloglauser.ch

Tel.: 052 318 15 36
Winterzeit – Servicezeit.
Bringen Sie jetzt Ihr Velo zum Winterservice
Die 2007 Modelle sind eingetroffen



**STEFAN
GRIESSER**

Steuerberatung
Rechnungswesen

Ob den Gärten 3
8468 Waltalingen
☎ 052 / 319 00 65

Für Ihre Steuererklärung!

Steuerberatungen Buchhaltungen



bauen mit Holz

Robert Schaub AG
8450 Andelfingen
Tel. 052 305 25 15
Fax 052 305 25 10
info@schaub-ag.ch
www.schaub-ag.ch



Lokalt ist mal für mal ideal.

Land Marthalen + Umgebung • G. Lechstrasse 3 • 8460 Marthalen • www.landmarthalen.ch



**BRAUN & KLÖTI AG
HEIZUNGEN DORF**

Strehlgasse 24
8458 Dorf
Tel. 052 317 33 71
Fax 052 317 36 89
Filiale Basadingen

Planung und Montage
Service und Reparaturen

Bio-Traubensaft und -Wein
aus pilzwiderstandsfähigen Trauben.
Der echte, naturgesunde Genuss
aus unserem biodynamischen Anbau!




CULTIVA Bio-Weinbau
Matten Bachstrasse 8 • 7161 St. Gallen
4336 • www.cultiva.ch
Tel. 071 240 27 75 • Fax 071 240 27 75
E-Mail: swisser_biodynamischerwein.ch

Bianca
Seyval Blanc
Excelsior
Phönix
Solaris
Léon Millot
Maréchal Foch
Muscat Bleu

Für Sie herausgepickt:

Ökoschnipsel

Nanotechnologie: Chancen und Risiken für die Umwelt

Die Nanotechnologie ist eine der wichtigsten und langfristig wahrscheinlich auch lukrativsten Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Während die Produktentwicklung auf Hochtouren läuft, ist über konkrete Auswirkungen auf Mensch und Umwelt noch sehr wenig bekannt, und es wird erst wenig in die Risikoanalyse investiert.

Mit der Tagung will die Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz über den Stand der Forschung in der Nanotechnologie und die bisher bekannten oder erwarteten positiven und negativen Auswirkungen auf die Umwelt informieren. Gezeigt wird zudem, welche Absichten der Gesetzgeber verfolgt und wie die Assekuranz mit der neuen Technologie umgeht.

Zielpublikum: Umwelt- und Risikofachleute aus öffentlicher Verwaltung und Industrie, Umweltjuristen, Wissenschaftler aus den Disziplinen Umwelt- und Risikomanagement, Vertreter der Assekuranz.

Mittwoch, 3. April 2007
9.30–16.30 h
Volkshaus Zürich

Anmeldung: Praktischer Umweltschutz
Schweiz Pusch, Postfach 211, 8024 Zürich

Tel. 044 267 44 11, Fax 044 267 44 14

www.umweltschutz.ch/agenda
mail@umweltschutz.ch

Moratorium: Abstimmungserfolg zeigt Wirkung

Vor gut einem Jahr haben Volk und Kantone die Gentechfrei-Initiative gegen den Widerstand von Bundesrat und Parlament klar angenommen: Die Schweizer Landwirtschaft und Lebensmittel aus Schweizer Produktion bleiben für fünf Jahre gentechfrei. Die SAG nutzt das Moratorium, um die gentechfreie Zone Schweiz langfristig zu sichern. Dabei behält sie auch Einflüsse aus dem Ausland im Auge.

Futtermittel-Importe: Ein erster Erfolg

Beim Thema Gentechfreiheit von GVO-Importen setzt die SAG auf politischen Druck und Kontrolle. Etliche Briefe an den Bundesrat, parlamentarische Vorstösse und Druck auf die Grossverteiler haben hier schon klare Verbesserungen bewirkt.

Nächstes Etappenziel: Deklaration der Gentech-Fütterung

Der Druck der SAG und ihrer Trägerorganisationen hat also konkrete freiwillige Massnahmen am Markt bewirkt. Trotzdem will die SAG mit rechtlichen Mitteln nachdoppeln. Ein weiteres Etappenziel ist bereits mit einer im Nationalrat eingereichten Motion anvisiert worden. Der Vorstoss

will die lückenlose Deklaration der Gentech-Fütterung auf tierischen Produkten sicherstellen.

Pollenflug als «Import»

Baut ein Nachbarland in Grenznähe gentechnisch veränderte Pflanzen an, kann es damit auch entsprechende Gene via Pollenflug in die Schweiz «exportieren». Pollen, der durch Wind oder Insekten transportiert wird, macht nicht an den Grenzen halt.

Je nach Kulturart fällt der Pollenflug über beachtliche Distanzen aus. Rekordhalter unter den Nutzpflanzen ist Raps. Noch 26 km vom Anbauort entfernt wurden Auskreuzungen von Genen aus den Gentech-Pflanzen festgestellt. Bei Mais ist immerhin mit einigen Hundert Metern zu rechnen. Es ist deshalb wichtig, dass die Schweiz mit ihren Nachbarländern Regelungen vereinbart, welche den grenzüberschreitenden Pollenflug verhindern.

Die SAG beteiligt sich an den Aktionen «Grenzenlos Grün» in Rheinland, wo Grüne aus der Schweiz, Deutschland, Österreich und der EU für einen nachhaltigen, gesetzlich verankerten Schutzstatus von gentechfreien Zonen eintre-

ten. Auch der Bund hat reagiert und ein Projekt zum «Grenzüberschreitenden Pollenflug» lanciert. Die Umweltminister aus der Schweiz, Österreich, Deutschland und Liechtenstein haben beschlossen, betreffend unerwünschtem Pollenflug über die Ländergrenzen zusammenzuarbeiten.

Mehr Gentech-News bei:
SAG, Schweizerische Arbeitsgruppe
Gentechnologie, Pf 1168, 8032 Zürich
044 262 25 63
www.gentechnologie.ch

Konsum und Labels

Mehr Transparenz im Spielzeugmarkt

Die Schweizer Spielzeug-Koalition fordert Mindestnormen und konkrete Projekte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in chinesischen Spielzeugfabriken.

<http://labelinfo.ch/aktuell/index.php?nachricht=99>

Handylabel – die Branche kneift

Welche Handys sind strahlungsarm und sogar benutzer- und umweltfreundlich?

Antworten auf diese Frage findet man bei TCO Development.
<http://labelinfo.ch/aktuell/index.php?nachricht=98>

Herausgeber: Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz Pusch, Postfach 211, 8024 Zürich

044 267 44 71

newsletter@labelinfo.ch
www.umweltschutz.ch

Anzeige:



OEKOSOFT

The sky is not the limit ...

- Web-Hosting ab 12.50 / Monat
- Web-Design zu Fixkosten
- SW-Entwicklung Web, Oracle, JAVA/J2EE ...

OEKOSOFT, Henggart, 052 316 27 51 <http://www.oekosoft.ch>



Schule für Kinesiologie
Blackburn am Bodensee

1-jährige Berufsausbildung
2-jährige Ausbildung
zur unabhängigen Kinesiologin

Kurse in: Touch for Health, Brain Gym
Erfolg über Stress, Head Kinesiology ...

Infoabende und Kursdaten
www.kw.ch info@kwsio.ch

Briefwahl: in Baumgart 052 316 27 51
052 316 34 72 oder 076 327 34 72



HOLZBAU REIFFER

Zimmerer – Sägerer – Schreiner:
Neu- und Umbauten

8252 Schlatt · Hauptstrasse 6
Tel 052 657 1364 · Fax 052 657 5137
www.holzbaureiffer.ch

ISODAN: Der zentrale Fachbetrieb in
ihrer Region. Isolation aus Altpapier.
Wohnlich und umweltfreundlich für Neu-
und Umbauten.

Allgemein

Do 8. März

Tag der Frauenrechte

Mi 21. März

Antirassismustag

Do 22. März

Tag des Wassers

Fr 23. März

Tag des Wetters

Sa 7. April

Tag der Gesundheit

Mo 23. April

Tag des Buches

Mi 28. März

**Forumtheater «gwaltsErwach(s)e»
Theater BILITZ**

Für Erwachsene
«gwaltsErwach(s)e» zeigt
Alltagsszenen im Spannungsfeld
Eltern, Gewalt und Schule.
Mehrzweckgebäude Rheinau, 20 h
Eine Veranstaltung der
«Offenen Jugendarbeit» Rheinau

Natur und Umwelt

Sa 24. März

Velobörse der Grünen

im Veloschopf Bahnhof Andelfingen
von 10–12 h

Fr/Sa 11./12. Mai

Aktionstag «Wahre Werte»

Jetzt vorbereiten und beim
Wettbewerb mitmachen.
www.aktionstag.ch
Stiftung für Umweltschutz Push,
044 267 44 71

Sa 17. März

Schlagzeuger im Wald

Im Vorfrühling ist die beste Jahreszeit, um die gefiederten Trommler des Waldes – die Spechte – zu beobachten. Mit etwas Glück machen Ihnen im Ossinger Oberholz alle bei uns vorkommenden Spechtarten

ihre Aufwartung – inklusiv dem seltenen Mittelspecht.
Treffpunkt: 7.40 h Bahnhof
Ossingen, Dauer: ca. 3 Std.

Sa 7. April

Morgenexkursion Gebiet Worbig

Treffpunkt: Garage Meier, Flaach,
7.30 h

So 6. Mai

Morgenexkursion Gebiet

Huusemerseen

Treffpunkt: Parkplatz
Dachsenhusen, 7 h

Kultur

Ab 23. März

Ladykillers

Die Weinlandbühne spielt die Bühnenumfassung der berühmten englischen Kriminalfilmkomödie aus den 50-er Jahren «Ladykillers», worin eine als Streichquartett getarnte Gaunerbande mit Hilfe einer reizenden älteren Lady einen Raubüberfall plant. Ob das Unternehmen gelingt können Sie ab dem 23. März 2007 selber im Löwensaal Andelfingen erfahren (s. Inserat).

Politik

Mi 21. März

Was braucht der Kanton Zürich für die Zukunft?

Podiumsdiskussion mit den Regierungratskandidaten
Markus Kägi SVP
Thomas Heiniger FDP
Martin Graf GP
Martin Bäümle GLP
Leitung: David Herter
Gemeindsaal Kleinandelfingen, 20 h

Mi 9. Mai

**Generalversammlung
des Trägervereins *andere seite*
des Bezirks Andelfingen**

19 h Besichtigung des
Langeneggerhauses in Ossingen
20 h Generalversammlung

Gärtnerei
Regula Bänninger

1001 Pflanzenspezialitäten
für Garten, Balkon, Wohnung

☎
bunte Gartnerstausse

☎
Gewurz-Variationen

Telefon 078 629 20 74
www.waldamituechne.ch

WEINLANDBÜHNE



ANDELFINGEN

Ladykillers

Kriminalkomödie
von Elke Köhler und Martha Calina
nach William Rose

Regie: Walter Millus

Löwensaal Andelfingen 20.15 Uhr

Freitag	23. März 2007
Samstag	24. März 2007
Montag	26. März 2007
Freitag	30. März 2007
Samstag	31. März 2007
Dienstag	03. April 2007
Donnerstag	05. April 2007
Mittwoch	11. April 2007
Freitag	13. April 2007
Sonntag	14. April 2007

Kasse und Bar ab 19.30 Uhr

Vorverkauf ab Montag 12. März 2007
Montag-Freitag von 1.000 bis 17.000 Fr
Telefon 078 629 20 74

www.waldamituechne.ch